

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . K 2 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—

Rückzahlung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einzahlung der  
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich 12 Bl.

Abt. 1. 1901560  
Telephon  
nachts 6797.  
Telegramm-Adresse:  
Sozialdemokrat, Prag II,  
Dauvillcova n. m. 32.  
Postfachamt 57544.  
Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachschlag.

3. Jahrgang.

Freitag, 3. August 1923.

Nr. 179.

## Trinksprüche.

## Ein Manifest der Labour Party.

Die Stellungnahme zum Ruhrkonflikt. — Die Forderungen an die englische Regierung.

London, 1. August. Die Labour Party hat einen Aufruf erlassen, in dem sie zur Ruhrbesetzung Stellung nimmt und folgende Forderungen an die englische Regierung stellt:

1. Vollständige Aenderung des Versailler Friedensvertrages.
2. Eine internationale finanzielle Einigung in dem Sinne, daß sämtliche Reparationszahlungen zu annullieren sind.
3. Vollständige Anerkennung der Sowjetregierung durch England.
4. Einberufung einer Weltkonferenz zum Zwecke der vollständigen Abrüstung.

## Englands Antwort an Belgien und Frankreich.

Die Noten dieser beiden Länder ignorieren den britischen Antwortentwurf. — Die englische Regierung wird ihre Dokumente dem Parlamente vorlegen.

London, 2. August. Heute mittags gaben Lord Curzon im Unterhause und Lord Balfour im Oberhause eine Erklärung der Regierung ab, in welcher sie die letzten Verhandlungen Großbritanniens mit den alliierten Regierungen in der Frage der Reparationen und des Ruhrgebietes zusammenfaßt.

Die Erklärung lautet:

Am 7. Juni übergab die deutsche Regierung, nachdem sie die Antworten der alliierten Regierungen auf ihre erste Note vom 2. Mai in Erwägung genommen hatte, den alliierten Regierungen eine neue Denkschrift, welche weitere Vorschläge zur Lösung der Reparations- und Ruhrfrage enthielt. Zwischen den alliierten Regierungen kam es zu einem Meinungsaustausche zu dem Zwecke, ihre entsprechenden Standpunkte sicherzustellen und die Regierung Frankreichs sowie Belgiens besonders tauschen in dieser Sache ihre Ansichten mit der britischen Regierung aus. Einen Monat später, am 12. Juli, gab die britische Regierung beiden Häusern des Parlaments eine Darstellung des Standpunktes, welchen sie zu der Angelegenheit angenommen hat und hob die Notwendigkeit einer Aktion hervor, welche der Situation ein Ende bereiten würde, die wie für den europäischen Frieden so auch für die Interessen aller beteiligten Parteien voller Gefahren

ist. Die Regierung teilte mit, daß sie gewisse Vorschläge als Grundlage für eine derartige Aktion gemacht habe und sie schloß ihre Erklärung mit einer dringlichen Empfehlung an die Verbündeten zu einem definitiven Vorgehen.

Die britische Regierung war der Ansicht, daß die deutschen Vorschläge vom 7. Juni Aufmerksamkeit und eine Antwort verdienen und daß eine solche Antwort womöglich die Antwort aller Alliierten sein sollte. Da ferner die französische und die belgische Regierung nicht geneigt waren, die Initiative bei Zusammenstellung einer solchen Antwort zu ergreifen, hat die britische Regierung erklärt, daß sie die Verantwortung für die Zusammenstellung des Antwortentwurfes, den sie ihren Alliierten zur Erwägung vorlegen wird, auf sich nehme. In dieser Absicht stellte die britische Regierung den Entwurf einer einheitlichen Antwort zusammen, welchen sie mit einer Begleitnote am 20. Juli an die verbündeten Regierungen Frankreichs, Belgiens, Italiens und Japans einsandte. In diesem Antwortentwurf befaßte sich die Regierung mit den verschiedenen Vorschlägen, die in der deutschen Note vom 7. Juni enthalten sind. Die Regierung sprach ihre Meinung in dem Sinne aus, daß, obwohl nichts geschehen dürfe, was den Bestimmungen des Vertrages von Versailles nicht entsprechen würde, es doch nur vorteilhaft wäre, wenn

unparteiische Sachverständige gemeinsam mit der Reparationskommission die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überprüfen würde.

Bezüglich der von der deutschen Regierung angebotenen Garantien hob die britische Antwort in ihrem Antwortentwurf hervor, daß die wirtschaftliche Bedeutung derartiger Garantien in weitem Maße von Faktoren abhängen muß, welche die deutsche Regierung nicht erwähnt hat, so z. B. von der Stabilisierung der Mark, dem Gleichgewicht des Budgets und daß keine Garantie wirksam sein könne, so lange nicht Maßnahmen getroffen seien zu irgendeiner Art internationaler Kontrolle der deutschen Finanzverwaltung. Zum Schluß enthielt der Antwortentwurf Vorschläge an die deutsche Regierung, daß sie, wenn sie die Wiederaufnahme von Verhandlungen wünsche, ohne weitere Verzögerung die

Verordnungen und Erlasse zurückziehe, durch welche die Politik des passiven Widerstandes organisiert und genährt wurde

und daß sie in ungewisser Weise Akte von Gewalt und Sabotage verurteile, die sich in einigen Fällen dem passiven Widerstande angegliedert haben. Endlich sprach die britische Regierung in ihrem Antwortentwurf die Ueberzeugung aus, daß eine solche Aktion Deutschlands die Wirkung hätte, daß die Okkupationsmächte die Bedingungen der Besetzung ändern würden und daß das industrielle Leben im Ruhrgebiete nach und nach zum normalen Zustande zurückkehren könnte.

In den Begleitnoten zu dem Antwortentwurf gab die britische Regierung eine eingehende Erläuterung ihres Standpunktes in allen diesen Punkten und empfahl den Alliierten dringlich, daß möglichst bald eine Interalliierten-Diskussion entweder in Form einer Konferenz oder in einer anderen Form eröffnet werde, die den Zweck hätte, einen umfassenden Plan zum allgemeinen endgültigen Finanzausgleich auszuarbeiten.

Jetzt erhielten wir die Antworten der alliierten Regierungen. Die schriftliche Antwort der italienischen Regierung ist zwar noch nicht eingelangt, aber Italien sprach im allgemeinen seine Zustimmung zu den Anschauungen und Vorschlägen der britischen Regierung aus. Die Regierungen Frankreichs und Belgiens gaben getrennte Antworten ab. Die britische Regierung widmete diesen Antworten das sorgfältigste und aufmerksamste Studium, und obwohl sie ihre freundschaftliche Sprache und ihren herzlichen Geist voll bewertet, bedauert sie, daß sie

in ihnen kein Material findet für die Absendung einer Antwort der Alliierten an Deutschland, deren raschen Ausfertigung sie eine solche Wichtigkeit beimißt, denn weder die französische noch die belgische Antwort machen von dem Antwortentwurf, welcher von der britischen Regierung vorgelegt worden ist, irgend eine Erwähnung. Es hat auch den Anschein, daß diese Noten keine bestimmte Aussicht auf eine baldige Aenderung der Situation im Ruhrgebiete oder auf die Eröffnung einer Diskussion über die Reparationen bieten, also auf die zwei Fragen, an denen der britischen Regierung sehr gelegen ist.

Es ist klar, daß einige Wochen verfließen können, wenn nicht mehr, mit dem vorläufigen Meinungsaustausch unter den Alliierten über die Richtlinien, die von ihnen jetzt aufgeworfen wurden, ehe ein entscheidender Schritt zur Beendigung des jetzigen Standes der Dinge getan werden könnte. Die britische Regierung kann nicht genug oft wiederholen, daß sie, obwohl sie die Interessen ihrer Alliierten für verknüpft mit ihren Interessen ansieht, und obwohl sie sich weigert, wie sie es bis jetzt getan hat, irgend eine Aktion zu unternehmen, welche als Beginn einer Spaltung (Dissension) unter den Alliierten ausgelegt werden könnte, doch der entschiedenen Ansicht ist, daß man dem Problem, welches sich jetzt allen Alliierten entgegenstellt, nicht anwohnen kann, weiter, daß während etwa die Alliierten mit dem Austausch der Meinungen im Geiste ungeklärter Freundschaft über dieses oder jenes Detail, über einen oder jenen Vorschlag beschäftigt sein werden, die europäische Situation unheilbar zerrütet werden kann.

Unter solchen Umständen hat die britische Regierung beschlossen, dem Parlament chemöglich die Dokumente vorzulegen, in welchen ihre eigenen Ansichten und Bemerkungen niedergelegt sind. Sie ersuchte zu diesem Zweck die Alliierten, ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer eigenen Noten und Mitteilungen, von welchen Erwähnung getan worden ist, zu geben und die dazu nötig sind, daß die Situation in ihrer Gänze dargelegt werde. Die britische Regierung legt die Hoffnung, daß die Veröffentlichung dieser Dokumente zur Klärung des tatsächlichen Umfangs des Problems beitragen wird, vor welches die Alliierten gestellt sind und daß sie die Welt von der gebieterischen Notwendigkeit einer raschen und einheitlichen Aktion überzeugen wird.

Ueber die Regierungserklärung wurde in beiden Häusern die Wechselrede eröffnet, die noch (um 13 Uhr) andauert.



### Die Debatte über die Erklärung.

London, 2. August. (Unterhaus.) Nachdem Baldwin die ministerielle Erklärung verlesen hatte, ergriff der Führer der Opposition Ramsay MacDonald das Wort.

Er sprach seine tiefe Enttäuschung über die Antworten Frankreichs und Belgiens aus. Er hoffe, es sei nur ein Versehen, daß die beiden Regierungen in ihren Antworten keine Notiz von dem britischen Antwortentwurf für Deutschland genommen hätten. Einen Anstoß zur Zufriedenheit gebe es allerdings, nämlich daß die Regierung sich endlich entschlossen habe, eine eigene Politik zu formulieren und durchzuführen. Zunächst mußte dem System der Geheimhaltung ein Ende gemacht werden. England habe seinen Anstoß, sich zu schämen. Es sei klar, daß Frankreich nicht wegen der Reparationen ins Ruhrgebiet gegangen sei. Es handle sich vielmehr um einen Versuch, nach einem formellen Friedensschluß den Krieg fortzusetzen. England sei jetzt weit mehr verwickelt als Frankreich, dessen wirtschaftliche Stellung stärker sei, als vor dem Kriege, außer bezüglich seines Budgets. Der nächste Schritt in der Politik des europäischen Wiederaufbaus müßte die Regelung mit Deutschland und eine Regelung der interalliierten Schulden sein. Beide Fragen könnten nicht getrennt behandelt werden. In der Reparationsfrage handle es sich nicht nur darum, was Deutschland zahlen könne, sondern auch darum, wie es am besten zahlen könne, ohne die Interessen der empfangenden Nationen zu schädigen. MacDonald fragte dann, ob die Regierung versuchen werde, die Bildung einer Sachverständigenkommission zu erreichen, und was geschehen solle, um Mitteleuropa vor dem Ruin zu retten, solange es noch Zeit sei. Deutschland brauche Kredite für seine Einfuhr. Mehrere schloß mit den Worten, wenn die Regierung müßig handle, werde sie mehr geachtet werden und mehr Aussicht auf Erfolg haben.

Austen Chamberlain fragte, ob MacDonald wolle, daß man auf die deutschen Reparationszahlungen verzichte, und wandte sich gegen die Anregung, Deutschland Kredite zu geben. Dies sei ein erkenntlicher Vorschlag. Auch sei MacDonalds Angriff gegen die Geheimdiplomatie unbegründet.

Ausquith ersuchte um Mitteilung, ob die Regierung das Parlament einberufen werde, bevor sie gegebenenfalls eine ernste und unwiderrückliche Entscheidung treffen würde.

In Erwiderung auf diese Ausführungen ergriff Premierminister Baldwin nochmals das Wort und führte aus, nur Mangel an Zeit habe es verhindert, daß dem Hause die fraglichen Dokumente vorgelegt wurden.

Die Diskussion des Ruhrgebietes beginnt, die Handelsangelegenheiten der ganzen Welt zu berühren. Wir wollen nichts unternehmen, um

Deutschland im passiven Widerstande zu unterstützen, sondern es ist notwendig, die Situation rasch zu klären, denn niemand kann wissen, was geschehen wird, wenn Deutschland zusammenbricht. Aus diesen Gründen strebt die britische Regierung die Einheit unter den Alliierten an, durch die eine rasche und endgültige Regelung erzielt werden könnte. Er gibt bisher die Hoffnung nicht auf, daß diese Einigung zustandekommen wird. Tritt dies ein, werden wir in Zukunft ein wirtschaftlich sehr starkes Deutschland vor uns haben, das mit uns Konkurrenz treiben wird, aber man muß zwischen einem ruinierten Deutschland und einem gedeihlichen Deutschland wählen, das seinen Verpflichtungen nachkommen könnte. Baldwin erklärte weiter, es sei notwendig, daß der Nachbar Deutschlands, Rußland, in guter finanzieller Lage sei. In der finanziellen Regelung, die wir suchen, sagte er, handelt es sich nicht nur um die finanzielle Stabilität Mitteleuropas. Wir wollen von Deutschland das verlangen, was uns gebührt, aber wir wollen auch eine allgemeine endgültige Regelung. Wenn es zum Unglück, zu einer

## Die Sozialdemokratie und Deutschlands Not.

### Außerordentliche Sitzung der Reichstagsfraktion. — Der Fraktionsvortrag gegen jede Sonderaktion von Parteimitgliedern.

Berlin, 2. August. (Eigenbericht.) Die ungeheuer kritische außen- und innerpolitische Lage des Reiches hat nicht nur die sozialdemokratische Partei in eine außerordentlich schwierige Situation versetzt, sondern sie droht die laum wieder vereinigte Partei in neue Verwirrungen zu stürzen. Am vorigen Sonntag hat eine Anzahl von sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, wie man jetzt erst aus der „Noten Fahne“ erfährt, in Weimar eine Konferenz abgehalten, die sich mit der politischen Lage und den Aufgaben der sozialdemokratischen Partei beschäftigte. Die Konferenz beauftragte die Genossen Lewi, Rosenfeld und Fried, gewisse Forderungen dem Fraktionsvortrag zu unterbreiten. Sie verlangten unter anderem Einberufung der Fraktion und des Reichstages, was inzwischen auch ohne ihr Zutun bereits geschehen ist, den Rücktritt der Regierung Cuno, eine Erklärung gegen die Sabotageakte, direkte Verhandlungen mit Frankreich, Maßnahmen gegen den Währungsverfall und zur Sicherstellung der Ernährung zusammengehen mit den Kommunisten, Anwendung von außerparlamentarischen Mitteln zur Unterstüßung dieser Forderungen. Der Fraktionsvortrag hat die Entgegennahme von Erklärungen der drei beantragten Genossen abgelehnt; er mußte dabei die Konsequenzen berücksichtigen, die ein solches Vorgehen für ein weiteres Zusammenarbeiten mit sich bringen könnte. Er erklärte in dem Vorgehen dieser Gruppe von Abgeordneten eine Sonderkonferenz, gegen deren Abhaltung die Parteitage sich wiederholt ausgesprochen hätten. Die Anhörung der De-

batte in unseren Beziehungen zu Frankreich kommt, werden wir nicht zögern, das Parlament einberufen. Ich bitte aber bei Gott, daß es nicht dazu kommt. Immer handelten wir im Glauben, daß die Alliierten, indem sie das Ruhrgebiet besetzten, nur die Reparationen zu gewährleisten suchten. Ich will nicht glauben, daß sie täuschende Gedanken hätten.

### „Jede Hoffnung auf baldige Beilegung des Ruhrkonfliktes zerfällt.“

Berlin, 2. August. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische Parlamentsdienst sagt von der englischen Regierungserklärung, daß sie nicht nur jede Hoffnung auf eine baldige Beilegung des Ruhrkonfliktes zerstreue, sondern auch die bisherige Auffassung stärken müsse, daß England für Deutschland nicht mehr tun wird, als in seinem eigenen Interesse liegt. Wir müssen uns damit abfinden, daß wir allein zu handeln hätten.

legierten hätte geradezu die Anerkennung dieser Sonderkonferenz bedeutet.

In der heutigen außerordentlichen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war auch der Vorstand der preussischen Landtagsfraktion geladen. Genosse Hermann Müller erstattete zuerst ein ausführliches Referat über die politische Situation und die Aufgaben und Haltung der Partei. Daran knüpfte sich eine Aussprache, in der dem ersten Redner aus den Reihen der Weimarer Konferenzteilnehmer eine unbeschränkte Redezeit, den folgenden je eine halbe Stunde Redezeit gewährt wurde. Die Sitzung beendete sich bis zum späten Abend aus und wird morgen fortgesetzt.

Berlin, 2. August. (Eigenbericht.) Ueber die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie sagt der Parlamentsdienst, man könne nicht nur die Regierung Cuno stürzen, sondern man müsse auch den Mut zur Verantwortung aufbringen. Wer die politischen Verhandlungen übersehe, müsse sich klar darüber sein, daß der Sturz des gegenwärtigen Kabinetts unmittelbar die große Koalition zur Folge habe. Deshalb sei ein Sturz der gegenwärtigen Regierung durch die alleinige Initiative der Sozialdemokratie abzulehnen. Gerade die Umstände, unter denen die Partei arbeiten müsse, erfordere Geschlossenheit, vor allem aber das notwendige Vertrauen der Parteigenossen zu ihren Führern. Ruhlose Kritik erschwere die Arbeiten, während die Einigkeit der Partei im Gegener nicht nur die Ueberzeugung der Stärke reifen lasse, sondern auch zu positiven Ergebnissen führe.

### Sozialdemokratische Abgeordnete bei der Reichsregierung.

Berlin, 2. August. Gestern nachmittags wurden die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes in der Reichskanzlei empfangen. Seitens der Reichsregierung nahmen an den Verhandlungen teil Reichskanzler Dr. Cuno, Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, Reichsfinanzminister Dr. Hermes und Wiederaufbauminister Albert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trug die finanzielle in dem Vorschlag der sozialdemokratischen Partei vor. Die allgemeine Aussprache ergab laut „Vorwärts“ eine Uebereinstimmung über die Ursachen der Finanzmisere und ebenso über die Richtungen, in denen Abhilfe geschaffen werden müsse.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, ist der Zentralausschuß der Reichsbank auf heute zu einer Sitzung einberufen worden, in der über eine Diskonterhöhung Beschluß gefaßt werden soll.

### Deutschvölkische und Kommunisten.

Nadel, Graf Reventloff und Co. Berlin, 2. August. (Eigenbericht.) Die heutige „Noten Fahne“ gewährt einen eigenartigen Anblick; zugleich erkennt man die enge Seelenverwandtschaft, die zwischen den Kommunisten und den Deutschvölkischen besteht. Querschnitt bringt Karl Nadel einen fast zweifelhafte Artikel, worin er erklärt, die Deutschen dürften noch keine Generalschlacht liefern, es müsse alles vermieden werden, was dem Feinde ermöglichen würde, sie teilweise zu schlagen. Das bedeutet eine Bloßstellung der deutschen Kommunisten, die am liebsten schon am vorigen Sonntag eine Reuanfrage des mitteldeutschen Pulshes beverflichtigt hätten. Hinter Nadel kommt der alldeutsche U-Bootsmann Graf Reventloff zu Worte, der den Lesern auseinandersetzt, unter welchen Umständen die Deutschvölkischen mit den Kommunisten zu einer Kooperation gelangen könnten.

### Das wertbeständige deutsche Anleihepapier.

Berlin, 1. August. (Wolff.) Um dem Drange der Allgemeinheit nach einer wertbeständigen An-

lage entgegenzukommen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, der Bevölkerung ein wertbeständiges Anlagepapier in Form einer auf den Gegenwert von Dollar in Mark lautenden Anleihe mit zwölfjähriger Laufzeit zur Verfügung zu stellen. Die Anleihe wird von der Vorkaufsteuer befreit, soweit sie selbst gezeichnet ist, von der Erbschaftsteuer befreit, eignet sich also in gleicher Weise zur dauernden Anlage von Kapitalien wie zur vorübergehenden Anlage von Betriebsmitteln. Für Kapital und Zinsen dieser Anleihe sollen die ganze deutsche Wirtschaft, Banken, Industrie, Landwirtschaft, sowie jeder, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt, haften. Nach dem von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegenden Gesetzentwurf wird die Reichsregierung ermächtigt werden, um den Zinsendienst einer Anleihe bis zu 500 Millionen in Gold zu beden, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben und zur besonderen Sicherheit der Kapitalrückzahlung bei Fälligkeit gegebenenfalls die einzelnen Steuerpflichtigen nach dem Verhältnis ihres steuerbaren Vermögens zur Aufbringung des Kapitalbedarfes heranzuziehen. Die Anleihe ist bei den Darlehensstellen des Reiches beleihbar und wird sofort nach Ausgabe der Stücke an der Börse eingeführt werden. Die Anleihe lautet auf Stücke über 420 gleich 1 Dollar, 840 gleich 2 Dollar, 21 Mark gleich 5 Dollar, 42 Mark gleich 10 Dollar, 105 Mark gleich 25 Dollar, 210 Mark gleich 50 Dollar, 420 Mark gleich 100 Dollar, 2100 Mark gleich 500 Dollar, 4200 Mark gleich 1000 Dollar. Es wird damit gerechnet, daß auch kleinere Beträge auf dem Umwege über wertbeständige Konten bei den Sparkassen in dieser Anleihe Anlage finden können. Die Stücke von 420, 840 und 21 Mark werden ohne Zinscheine ausgegeben und bei Fälligkeit (2. IX. 1935) mit einem Aufgeld zum Nennwert von 50 Prozent eingelöst.

Die Stücke von 42 Mark und darüber tragen 6% und sind mit einjährigen Zinscheinen versehen (Zinslauf ab 1. September 1923, Fälligkeit des ersten Zinscheines am 1. September 1924). Die Rückzahlung dieser Stücke erfolgt bei Fälligkeit (2. September 1935) zum Nennwert. Die Stücke sowie Zinscheine werden in Mark eingelöst, entsprechend dem durchschnittlichen

Dollarkurse in der Zeit vom 15. Juli bis 14. August. Der Zeichnungspreis beträgt bis auf weiteres 100% für die Einzahlung in Mark, soweit die Zahlung mit Devisen oder Dollarschwarzanweisungen erfolgt, die auch zugelassen ist, wird der Vorgangskurs von 95% bis auf weiteres in Anrechnung gebracht. Als Zeichnungsbeginn ist der 15. August vorgegeben. Jeder Zeichner kann seine Zeichnung bei dem Geldinstitut anbringen, mit welchem er zu arbeiten pflegt. Die Einzahlung muß am Tage der Zeichnung geleistet werden, u. zw. soweit sie in Mark erfolgt, auf der Basis des letzten vor dem Zeichnungstage notierten amtlichen Dollarkurses. Eine Verrechnung von Stückzinsen findet bei der Zeichnung nicht statt, es bleibt aber eine Erhöhung des Kurses vorbehalten. Auch Voranmeldungen werden entgegengenommen und zw. zu dem für den ersten Zeichnungstag maßgebenden Kurse.

### Demonstrierende Frauen in München.

München, 2. August. Heute zogen größere Gruppen von Frauen aus Erregung über die Teuerung und die Zahlungsmittelknappheit vor das Regierungsgebäude, das jedoch verschlossen war. Ein Schutzmannaufgebot zerstreute die demonstrierenden Frauen, ohne daß es bis jetzt zu Zwischenfällen gekommen wäre.

Infolge der Ablehnung der Regierungsvorlage über das Volksreferendum im bayerischen Landtag, kündigt das Hauptorgan der bayerischen katholischen Partei, der „Bayerische Kurier“, eine Koalitions- und Parlamentskrise an. In sich müßte die Regierung den Landtag auflösen und an das Volk appellieren, die Umstände nötigen aber dazu, die Entscheidung zu verschieben, bis im Herbst die Vorlage über den Staatspräsidenten zur Verabschiedung kommen wird.

### Blutiger Zusammenstoß im Ruhrgebiet.

Berlin, 2. August. Blättermeldungen aus dem Ruhrgebiet zufolge ist es gestern in Oberhausen zwischen streikenden Bergleuten und Polizei zu schweren Zusammenstößen gekommen. Ein Demonstrationszug versuchte in die Nähe des Polizeipräsidiums zu gelangen. Als sich ihm die Polizei entgegenstellte, nahmen die Demonstranten, die zum Teil mit Spaten und Hacken bewaffnet waren, eine drohende Haltung ein. Nachdem die Polizei zunächst Schreihäufchen abgegeben hatte, schloß sie scharf auf die Massen und tötete zwei Demonstranten und verwundete sieben.

Nach den Zusammenstößen zwischen Bergarbeitern und der Polizei begab sich eine Abordnung der Demonstranten zum Polizeipräsidenten, der ihnen erklärte, daß infolge der ersten Lage und der bestehenden Bestimmungen die Erlaubnis zu Umzügen nicht erteilt werden könne. Die Abordnung wurde dringend ersucht, beruhigend auf die Menge einzuwirken und sie zum Auseinandergehen zu bewegen. Diesem Ersuchen wurde auch Folge geleistet, worauf der Demonstrationszug sich auflöste. Die Lage ist zur Zeit ruhig.

### Hunger im Rheinland.

Düsseldorf, 1. August. (Havas.) Die Ernährungsfrage, unter welcher das nicht besetzte Deutschland leidet, dringt auch in die okkupierten Gebiete. Kartoffeln sind überhaupt nicht mehr zu haben. Die deutschen Behörden erwidern Maßnahmen gegen die Nahrungsmittelspekulanten.

### Neue Todesurteile.

Werden, 1. August. (Havas.) Der Kriegsrat verurteilte in contumaciam zum Tode drei Offiziere der Schutzpolizei, welche in das nicht besetzte Deutschland geflüchtet waren, ferner zwei Schuldige zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und die übrigen zu Gefängnis und Geldstrafen von 100 Millionen Mark. Die Verurteilten hatten sich dadurch der Spionage schuldig gemacht, daß sie amtliche Meldungen in Dortmund durch Anschluß an die militärische Telefonlinie aufgefangan haben.

### Vor Einstellung der Elbischifffahrt.

Dresden, 2. August. In Hamburg hat eine Konferenz der führenden Vertreter der Elbischifffahrt stattgefunden, in der zum Ausdruck kam, daß die Elbischifffahrt binnen kurzem den Betrieb völlig stilllegen müsse, falls nicht die Eisenbahn ihre Tarife wesentlich erhöhe, da die Schifffahrt gegen die gänzlich unzureichenden, die Selbstkosten nicht deckenden Tarife der Eisenbahn nicht mehr konkurrieren könne. Wie aus Kreisen der leitenden Elbischifffahrtsdirektion verlautet, haben die Schifffahrtsgesellschaften in den letzten Monaten infolge dieser für die Schifffahrt ungünstigen Verhältnisse mit Verlust gearbeitet, der teilweise in die Milliarden Mark gegangen sein soll. Nur der Talverkehr aus der Tschechoslowakei nach Hamburg brachte noch Verdienst, während der Bergverkehr und der innerdeutsche Verkehr verlustreich waren.

### Australien zum Ruhrkonflikt.

London, 2. August. Reuter meldet aus Melbourne: Der australische Minister Bruce betonte in seiner Rede im Repräsentantenhaus die Notwendigkeit der Teilnahme Australiens an den auswärtigen Angelegenheiten des Britischen Reiches und sagte hierbei über die jetzige Krise, er sei dagegen, daß Frankreich im Ruhrgebiete ein neues Elschaf-Notbringen schaffe. Australien sei aber in dieser Frage durch die Politik Großbritanniens gebunden.

# Was muß geschehen?

Von Paul Herz (Mitglied des deutschen Reichstages).

Im Juli ist der Dollar an der Berliner Börse trotz Einheitskurs und künstlichem Druck von 150.000 auf 1.100.000 gestiegen. Das ist die größte und schnellste Steigerung, die bisher in der Geschichte des deutschen Währungsverfalls zu verzeichnen ist. Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung vorausgesehen. Seit der Ermordung Rathenaus hat sie deshalb unablässig darauf gedrängt, daß durch eine aktive Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Anreiz und die Mittel zur Spekulation gegen die Mark genommen werden. Ferner sollte durch wertbeständige Anlagemöglichkeiten der Flucht in die Waren und in die Devisen vorgebeugt werden. Aber die kapitalistischen Kreise der Wirtschaft, die an der Geldentwertung stark verdienen, waren zu mächtig und die Staatsgewalt zu schwach. Jede systemvolle und energische Politik, die den Markverfall aufhalten wollte, wurde verhindert. Erst als der Markverfall bereits eingetreten war, entschloß man sich zur Durchführung der einen oder anderen Teilmaßnahme.

Es kam die Ruhraktion. Die Ausgaben des Reiches stiegen gewaltig. Millionen Menschen, die bisher Steuerzahler waren, wurden nun Unterstützungsempfänger. Neue Einnahmen des Reiches wurden notwendig, um alle Anforderungen zu erfüllen. Daher hat die Sozialdemokratie von Beginn der Ruhraktion an die Schaffung neuer Einnahmen verlangt mit dem Ziele, die Ausgaben ohne Inanspruchnahme der Notenpresse zu decken. Besonders als die Stützungsaktion Anfang Februar eingeleitet wurde, wies die Sozialdemokratie mit dem denkbar größten Nachdruck darauf hin, daß die Notenpresse der im Hinterhalt liegende heimtückische und gefährliche Gegner der Stützungsaktion sei. Nur wenn es gelinge, die Notenpresse still zu legen, könne mit längerer Dauer der Stützungsaktion gerechnet werden.

Reichsregierung und bürgerliche Parteien waren diesen Erwägungen vollständig unzugänglich. Volkswirtschaftlicher Diktatorismus und politische Demagogie vereinten sich zu der Parole „Preisabbau“. Es blieb aber bei dieser Parole, Wirksamkeit hatte und konnte sie nicht haben. Dafür wurden aber die Einnahmen des Reiches abgebaut. Das Geldentwertungsgefeß wurde zum Steuerentwertungsgefeß. Leistungsfähige Kreise des Volkes wurden von der Einkommen- und Körperschaftsteuer so gut wie befreit. Der Abbau der Kohlensteuer wurde zu einem Riesengeschenk an die Kohlenindustrie und die verarbeitende Industrie. Die künstliche Ermäßigung der Tarife von Eisenbahn und Post wirkte in der gleichen Richtung. Die Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide wurde zum Billionengeschenk an die Agrarier. Kurz: man wirtschaftete, als ob man schier unerschöpfliche Steuerquellen zur Verfügung hätte. Statt dessen hatte man nur die Notenpresse. Fast neun Zehntel aller Ausgaben des Reiches in den Monaten Januar bis März 1923 wurden mit ihrer Hilfe finanziert. Der Zusammenbruch der Stützungsaktion für die Mark am 18. April war das unausweichliche Ergebnis.

Aber selbst dieser der ganzen Welt sichtbare Bankrott einer von Interessenswünschen stark beeinflussten Politik brachte keine Wenderung. Erneut unternahm die Sozialdemokratie den Versuch, Regierung und Parteien zu aktiver Steuerpolitik zu drängen. Vergeblich! Wo der Geldbeutel beginnt, hört das Verantwortungs-

bewußtsein vor Staat und Volk auf. Wo spitze Augen drohen, erlahmt der größte Mut und steigt die Würstigkeit über die Einsicht. Der Wagen rollt unaufhaltsam dem Abgrunde zu. Seine Lenker hoffen auf das Wunder, das sie vor dem Zerbrechen im Abgrunde reiten.

Dieses Wunder gibt es nicht. Unsere jetzige Lage ist das Ergebnis jener ungeheuren Finanzverruhtung, die entstanden ist durch den außenpolitischen Druck und die innerpolitische Unzulänglichkeit. Unsere schwebende Schuld vermehrt sich um zwei Billionen täglich. Unsere Steuereinnahmen decken nur zwei bis drei Prozent unserer Ausgaben. Beschlossene Steuern werden entwertet und verspätet entrichtet. Das Reich trägt die gesamten Lasten aus der Inflation. Solange dieser Zustand andauert, ist der Verfall der Währung, der Verfall der Wirtschaft, das Anwachsen der Not und die Verschärfung der innerpolitischen Zustände nicht aufzuhalten.

Wir müssen deshalb den Versuch unternehmen, die Finanzverhältnisse des Reiches zu bessern. Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Bisher sagte man, daß die Besitzsteuern in Deutschland bis zur Unerträglichkeit angespannt seien und weitere Lasten nicht ertragen werden könnten. Das war falsch und das ist falsch! Die Inflation hat alle Besitzsteuern unterhöhlt und unwirksam gemacht. Jetzt gilt es, sie wertbeständig zu machen, die volle Last der Geldentwertung den Steuerpflichtigen aufzuerlegen, das Reich vor der Entwertung der Steuern zu schützen. Da dieser Umbau des Steuersystems aber Zeit erfordert, mehr Zeit als uns gegenwärtig die steigenden Fluten lassen, so müssen Notmaßnahmen getroffen werden, die sofort wirken und uns damit die Zeit schaffen, die wir zur endgültigen Sanierung der Reichsfinanzen gebrauchen.

Von diesen Gedankengängen ausgehend, wollen die finanzpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie, daß durch Zuschläge die bereits bestehenden Steuern die Reichseinnahmen in kürzester Frist so erhöht werden, daß auf die Arbeit der Notenpresse ganz oder im größten Umfange verzichtet werden kann. Es soll keineswegs verkannt werden, daß solche mechanischen Zuschläge Ungerechtigkeiten mit sich bringen. Für diejenigen, deren Einkommen nicht gleichen Schritt mit der Geldentwertung hält, wird die Entrichtung dieser Steuern in kurzer Frist wahrscheinlich manchmal eine Härte bedeuten. Soll man aber deshalb auf diese Maßnahmen überhaupt verzichten? Sicherlich nicht! Das von jenen Gruppen, die bisher jede wirksame Besteuerung des Besitzes zu verhindern wußten, auch wieder versucht werden. Demgegenüber sei nur auf zwei Tatsachen hingewiesen. Ohne drakonische Maßnahmen gibt es überhaupt keine Rettung. Dann wird der Verfall der Wirtschaft und der Verfall Deutschlands unaufhaltsam. Keine Besteuerung ist so ungerecht und zerstörend als die Inflationssteuer. Auch der mechanischste Maßstab bei Veranschlagung der Einkommensteuer und Vermögensverlusten usw. ist ein Ideal an Gerechtigkeit gegenüber der Besteuerung durch die Notenpresse.

Auf die einzelnen Steuervorschläge der Sozialdemokratie sei hier nicht eingegangen. Die Sozialdemokratie will aber nicht nur finanzpolitische Maßnahmen. Sie stellen zwar das Kernstück der Maßnahmen dar, von denen eine Entspannung der Lage zu erwarten wäre. Sie müssen aber unterstützt werden durch andere Maßnahmen, die das Problem von der Währungsseite her anfassen. Neben der Finanzverruhtung hat nichts so sehr zum Währungsverfall beigetragen wie die Geschenkpolitik der

# Die Jaworinafrage vor den Völkerbund.

Prag, 2. August. In der Jaworinafrage hat die Völkerbundkonferenz am 28. Juli beschlossen, den Völkerbundrat zu ersuchen, daß er eine Lösung vorschlägt, welche er empfiehlt, nachdem sich der internationale Gerichtshof über die Rechtsfrage geäußert hat, ob die Jaworinagrenze durch die vorausgegangenen Beschlüsse als festgesetzt angesehen werden soll.

## Ein Antrag im polnischen Sejm.

Warschau, 1. August. Im Sejm wurde heute ein Dringlichkeitsantrag aller parlamentarischen Parteien betreffend die Jaworinafrage eingebracht. Die Dringlichkeit des Antrages wurde vom Abg. Demski (Volkspartei Pflast) motiviert. Er erklärte, daß seit dem Beschlusse des polnischen Sejm vom 23. April, in welchem die Regierung aufgefordert wurde, in aller kürzester Zeit eine Entscheidung in der Jaworinafrage zu erlangen, und zwar eine Entscheidung, welche Polen die Jaworina im Namen der Gerechtigkeit zuerkennen

solle, neue Tatsachen eingetreten sind. Die Völkerbundkonferenz habe entgegen ihren Standpunkte vom November 1922 beschlossen, die Meinung des Völkerbundes in der Jaworinafrage einzuholen. Dies bedeutet zumindest eine Verzögerung der Entscheidung und eine Anspornung der Kompetenz der Delimitationskommission. Der Antrag lautet: 1. In der Jaworinafrage soll die Regierung gemäß dem Beschlusse des Sejm vom 23. April d. J. vorgehen. 2. Bis zur definitiven Entscheidung in der Jaworinafrage soll die polnische Regierung ihren Vertreter in der Delimitationskommission abberufen. 3. Die Verteidigung des polnischen Standpunktes in der Jaworinaangelegenheit vor dem Völkerbund soll mit einer Beauftragung der gesamten Angelegenheiten im Polnisch-Tschechen Gebiet, der Zips und arwa unterstützt werden. — Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde einstimmig angenommen und der Antrag selbst dem Außenaußschuß des Sejm zur weiteren Behandlung überwiesen.

## Die Maximalisten gegen Mussolini.

Mailand, 2. August. Gestern fand hier die Vorstandsberatung der maximalistischen Sozialistenpartei statt. Es wurde die Herausgabe eines Manifestes an die Arbeiterschaft beschlossen, in welchem die günstigen Erklärungen verurteilt werden, welche einige Führer der Arbeiterkonföderation auf den Aufruf Mussolinis zur Mitarbeit abgegeben haben. Eine solche Mitarbeit, heißt es in der Kundgebung, ist gegen die Interessen des Proletariats, denn sie bedroht seine Klasseneinheit und ist eine Beleidigung der toten, eingelebten und ausgewiesenen Arbeiter, welche die Aufforderungen ihrer Führer zum

Widerstand befolgt haben. Wir begreifen, sagt das Manifest weiter, daß zahlreiche Genossen durch Umstände gezwungen worden sind, in faschistische Syndikate einzutreten, aber die faschistische Illusion, welche an die Befreiung des Klassenkampfes durch den Staatsmythos denkt, wird an die tatsächlichen Zustände stoßen. Das Syndikat fordert schließlich die Arbeiterschaft auf, dem Sozialismus und den freien Syndikaten treu zu bleiben. Die Maximalisten schließen sich durch diese Verurteilung der Mitarbeit mit der Regierung der größeren Sozialistenpartei (Unitaristen) an, die gegen den Gedanken der Zusammenarbeit mit der Regierung bereits früher protestiert haben.

Reichsbank. Die Reichsbank ist die einzige Stelle im Deutschen Reich, für die Mark gleich Mark ist. Ob man heute eine Million Mark für einen Dollar geben muß oder in einer Woche zwei Millionen für denselben Dollar, ist Herrn Havenstein ganz gleichgültig. Er leiht Mark aus und nimmt denselben Betrag an Mark zurück. Diese Kreditpolitik der Reichsbank hat zu der ungeheuerlichsten Bereicherung der Sachwertbesitzer und Spekulanten geführt. Bereits im Untersuchungsausschuß über die Markstufung haben wir darauf hingewiesen, daß derjenige, der am 1. Januar 1923 den Gegenwert für 100.000 Mark. Weizen geliehen hat und diese Schuld alle drei Monate abdeckt, um eine neue Schuld in derselben Höhe aufzunehmen, Anfang Juni 1923 einen Vermögenszuwachs von rund 66 Milliarden M. bezw. einen Zuwachs von 344.599 Mtgr. Weizen gehabt hat. Die Reichsbank selber hat also die Mittel geliefert, mit denen auf den Verfall der Mark spekuliert wurde und die Stützungsaktion zerstückelte. Die jetzige Reichsbankleitung muß deshalb verschwinden. Erst dann ist die Verwirklichung der Forderung zu erwarten, daß Kredite nur auf der Goldbasis gegen Goldzins gegeben werden dürfen.

Neben diesen beiden Maßnahmen aber ist erforderlich die Ausgabe einer wertbeständigen Reichsanleihe. Sie ist jetzt endlich für die nächsten Tage zu erwarten. Aber wenn sie nicht gesichert wird durch die Sachwerte der Wirtschaft oder das Gold der Reichsbank, oder auch provisorisch auf eine andere Weise, ist nicht damit zu rechnen, daß sie die großen Beträge

bringt, die neben den neuen Steuereinnahmen zur Deckung der Reichsausgaben notwendig sind. Hand in Hand damit aber muß auch eine neue Stützungsaktion gehen. Reichsregierung und Reichsbank haben es ja leider so weit gebracht, daß das Vertrauen zu wirksamen Eingriffen auf den Devisenmarkt sehr gering geworden ist. Deswegen, und weil das Problem von allen Seiten her angepackt werden muß, muß man auf die reichen Devisenbestände der Wirtschaft zurückgreifen und sie für Stützungs Zwecke der Mark verwenden. Wie das im einzelnen zu geschehen hat, ist aus leicht begreiflichen Gründen in den Forderungen der Sozialdemokratie nicht dargelegt. Das Wort der deutschsozialistischen „Zeit“: „Degoutte habe Helfershelfer in Deutschland“ mahnt zur Vorsicht.

Die Absichten der Reichsregierung haben nicht den Eindruck erweckt, daß durch sie die große befreiende Tat eingeleitet wird, die wir zur Rettung in letzter Stunde gebrauchen. Das ist, von allem anderen abgesehen, der schwerste Mangel der Regierungserklärung. Solange bei den Inflationisten der Wirtschaft der Eindruck besteht, es werden wiederum nur halbe Maßnahmen getroffen, die Inflation geht weiter, ändert sich ihre Haltung nicht. Deshalb ist der Grundsatz der sozialdemokratischen Forderungen: keine halben Maßnahmen, sondern ganz! Keine Maßnahmen für die Zukunft, sondern erst Maßnahmen für den unmittelbaren Augenblick! Rückfällige Bekämpfung der Finanzverruhtung, der Inflation, der Geschenkpolitik der Reichsbank, Tragung der bisher durch die Inflation entstandenen Lasten durch den Besitz!

# Umta.

Von F. W. Arennes.

(Berechtigter Uebersetzung von Johannes Kunde.)

Durch den großen, von südlicher Sonne überhitzten Saal erscholl ein kurzer, von den weißen Aufsehern wiederholter Befehl. Blauviolette Lippen schlossen sich über blitzenden Zähnen; wie Wölfe am Himmel erstarrt der Gesang und Lavagesichter beugten sich über die Arbeitstische. Der Ries begann wieder, Gran für Gran, über die Marmorplatten zu rieseln. Man sah nur noch glattirisierte Schädel, wo sich keine Gemme hätte verbergen können und das Plattern der weiten, baumwollenen Ärmel. Umta und Ganhé schöpften aus zwei gleichen Haufen mit derselben geschäftigen Indifferenz.

„Die Sonne brennt“, sagte Umta. „Es ist bald zu Ende“, erwiderte Ganhé. So tauchten die beiden Kaiserin von Zeit zu Zeit kurze Bemerkungen, ohne daß deshalb ihre hurtigen Finger, ihre scharfen Blicke aufhörten, jeden Gran auf das genaueste zu prüfen. Sie markieren nur ein Gespräch, denn jeder hängt unablässig seinen eigenen Gedanken nach, ohne sich um den anderen zu kümmern.

Im vorigen Jahr sind beide, von der gleichen Fata morgana gelockt, nach Kimberley, in die Diamantenstadt, gekommen. Sie verließen das Dorf mit den zerstreut an den Berglehnen hängenden Hütten, die Eltern, deren Stolz sie waren und die Kleinen, ängstlichen Mädchen.

Gleich jenen Magierlönigen, von denen die Missionäre sprechen, aber ohne andere Geschenke als ihre Kraft und ihre Armut sind sie in monatelanger Wanderung nach jenem Märchenlande gezogen, wo die Tollheit der Weißen Goldberge gegen keine aus Schlammklüffern gezogene Kiesel eintauscht, kleine, armlange Kiesel, mit denen noch vor kurzem die Hühner ihren Kropf gar-

nieren und die man sogar im Strohschutt der Ställe infiziert fand. In den ungestaltlichen Bergen machten sie Bruderschaft mit qualvollem Hunger und Durst. Dann, nach überstandenen Gefahren, fanden sie sich, Seite an Seite, an die gleiche widerwärtige Fion gefesselt, listern auf Gewinn, auf die neuen Genüsse, glücklich darüber, in Stunden des Heimwehs ein gleiches Sehnen dicht neben sich zu wissen.

Umta ist groß, geschmeidig-schlank, muskulös. Sein Gesichtsausdruck passiv, verschlossen wie ein Bronzegerat.

Ganhé ist kleiner, aber stärker; er hat quide Augen und ungeduldig zuckende Lippen. Er ist der stillere Ausleser.

Wann wird sie ihn wiedersehen, die kleine, heiße Stadt, wo die Bestie des Lasters, jeder Hemmung bar, sich wohligh deht und schwelgt? Wird er die blasse Frau wiederfinden, deren er sich, erschauernd, heute mir zu deutlich erinnert? Ganhé weiß, solange der von ihm eingegangene Kontrakt dauert, kann er das Minengebiet nicht verlassen; Stacheldrähte, durch die der Blitz läuft, umgittern das Lager. Er muß noch lange Monate warten. Und doch...

Umta blid nicht auf. Vielleicht sehnt auch er sich nach den Spielunten, wo man stolz sein Gold wie eine heimgebrachte Jagdtrophäe hinwirft. Ober denkt er an die fernern Hüften, welche die würzigen Böden des Szeans erzittern lassen? Aber niemals erfährt jemand, wovon Umta träumt und ob er überhaupt träumt!

Die Schritte der Aufseher, welche die Tafeln umschreiten wie ausgehungerte Hunde, geben den Rhythmus zu der Arbeit der Schwarzen. In der Ferne knarren Räder eines mit Tonerde beladenen Wägelchens und man hört das Geräusch der Siebe, in denen der Ries tanzt.

Ein Pfiff, der legend verhallt, verkündet das Ende der achten Arbeitsstunde. Gehorsam wie angespannte Tiere lassen sich Umta und Ganhé, nackt, von Händen, die im Entdecken von Diebstählen grübt sind, untersuchen. Sie zeigen

keine Ungebuld, fühlen sich auch nicht erniedrigt. Stillschlüchtig und verächtlich fügen sie sich der Vorchrift. In den Steinbofens lassen sie kühle Duschchen über sich strömen und freuen sich der Geschmeidigkeit ihres Muskelspiels. Dann ziehen sie vergnügt ihre abgetragenen Anzüge an und kehren in ihre Behausung — die größte Hige ist vorüber — zurück.

Da sagt Umta nur: „Wo hast du den Stein versteckt?“ Ganhé zieht eine erstaunte Grimasse. „Welchen Stein?“ „Den du genommen hast und verbirgst.“

Der andere schüttelte den Kopf und lacht überlaut. Bloß um Zeit zu gewinnen. Wenn er leugnet, wird sein Gefährte ihn vielleicht sofort denunzieren. Besser, er macht ihn zum Komplizen. Und er versichert: „Er gehört uns beiden, Kamerad.“

Dann schielt er zu Umta hinauf; er befürchtet, daß dieses Versprechen dem nicht genügt. Umta sagt nichts dazu, er saßt bloß seinen Kameraden am Arm und sucht mit ihm ein Magazin auf. Ohne zu feilschen, wählt er Zigarren, einen Hut, Gewürze und Schokolade aus. Und bedauert nur, daß infolge von Organen, die zu blutigen Schlägereien führten, der Wachholderknaps aus diesem Tempel der Versuchung geschwunden ist. Darauf wendet er sich zu seinem Gefährten: „Jah!“ sagt er einfach.

Ganhé tut es mit dem Blick eines in der Schlinge gefangenen Tieres. Aber innerlich genießt er schon seine Rache. Er stellt sich lastblütig die Enttäuschung Umtas vor, wenn dieser morgen allein sein wird. Seit vielen Tagen bereitet er, ohne etwas zu sagen, seine Flucht vor und verächtlich sieht er auf Umta, der, stumpfsinnig, von dem neuen, breitkrämpigen Hut beschattet, Piment kaut.

Der orangefarbige Abend verblaßt wie eine müde Blume. Die tiefe Nacht breitet ihren Schleier über alles.

Ganhé hat sich wie sonst schlafen gelegt. Er hört sein Herz der Befreiung entgegenhämmern. Und nun — wie alles schlummert, schleicht er leise fort. Juvocilen hält er angsterfüllt, im bergenden Dunkel, inne und es ist ihm, als hörte er das Echo seines Schrittes sich entgegenkommen. Lange läuft er. Und nun hat er endlich die verstopfte Oeffnung des Ganges gefunden, den er in geduldiger Arbeit nach den Maßen seines Körpers grub und der unter dem Drahtgarn, wo der Tod lauft, ins Freie führt. Er kriecht und fühlt, wie sich das Kleintod gegen seine Brust preßt. Mit Wonne empfindet er diesen Schmerz. Frei! Er ist frei! Das Gefängnis liegt hinter ihm; er erhebt die Arme mit einer großen Geste des Jubels; da faust plötzlich ein Schlag auf ihn nieder, der sein Blut mit der Erde vermischt.

Bei Morgengrauen tritt Umta das Haus, welches Flüchtlinge mitteilidig aufnimmt. Auch in ihm ist die Erinnerung an die weiße Frau lebendig, die dort atmet und deren verzehrende Liebslösungen er erfahren hat. Wie hätte er die Holstreppe vergessen können, die er jetzt, mit wideraufsteubendem Herzen hinabsteigt? Er schlägt mit blutbefleckter Faust, welche sich über dem magischen Stein ballt, gegen die Türe. Wer kann ihm jetzt widerstehen, wo er seine Kraft bewiesen hat und reich ist?

Er klopf noch einmal; es wird geöffnet, ein blaßes Gesicht taucht auf, in dem zwei Augen leidenschaftlich glühen... ein heißeres Lachen... ein derbes Schimpfwort... und die Türe schlägt heftig zu, während eine Männerstimme drohend vernehmbar wird.

In dem Gang, der nach Moschus duftet, bleibt der Schwarze stehen. Ihn packt kein Jörn. Er ist kraftlos, wie der zu Boden gestreckte Ganhé. Daran erkennt Umta, daß die Götter sich von ihm wenden und eine Strafe für ihn beginnt, die schlimmer ist als alle anderen, die Menschen erformen haben...

# Inland.

**Deutschnationaler Wahlschwindel.** Aus der Rubrik „Eingekandt“ der christlichsozialen Wollersdorfer „Volkzeitung“ erfährt man, daß der Gausekretär Sieke der Deutschen Nationalpartei nicht nur in der Wählerliste seines händigen Wohnortes Zeidler verzeichnet ist, sondern sich auch in die Wählerverzeichnisse der Gemeinde Filippstorf hat eintragen lassen. Der biedere Sekretär soll diese rechtswidrige doppelte Eintragung in einem Schreiben an die Ortsgruppe Filippstorf der Deutschen christlichsozialen Volkspartei sogar selber gegeben haben. Angeblich wurde einem Rekurse gegen diesen Wahlschwindel von der Reklamationskommission nicht Rechnung getragen, so daß der Sieke weiter in den Wählerverzeichnissen beider Gemeinden eingetragen bleibt. Sollte dies auf Wahrheit beruhen, werden sich wohl unsere Genossen in den genannten Orten der Sache liebevoll annehmen und dem tüchtigen Gausekretär, Vertreter und Geschäftsführer der deutschen Nationalpartei das doppelte Konzept verderben. Nach der Darstellung des christlichsozialen Blattes handelt es sich um einen aufgelegten Wahlschwindel und es ist charakteristisch für die deutschnationale Partei, daß einer ihrer Gausekretäre sich demüßigt fühlt, die „Werkkraft“ des baltenkreuzerischen Gedankens durch solch plumpe, rechtswidrige und schwindelhafte Wahnwache zu untergraben.

**Das Spiel mit den Gemeindevahlen.** Wie die tschechoslowakische Regierung in ihrer Presse halbamtlich verlautbart, ist über den Beginn der Gemeindevahlen noch keine Entscheidung gefallen. Wegen der Abwesenheit des Innenministers und der anderen politischen Faktoren, die auf Urlaub weilen, werde die Entscheidung wahrscheinlich erst in der zweiten Hälfte des August getroffen werden. Da die vorbereiteten Arbeiten aus technischen Gründen mindestens vier Wochen erfordern, sei demnach die Abhaltung der Wahlen nicht vor Ende September zu erwarten. — Diese Nachricht bedeutet wohl nichts anderes, als daß die Gemeindevahlen abermals auf eine Zeit hinausgeschoben werden. Die Begründung der halbamtlichen Verlautbarung ist äußerst fadenscheinig. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Ausschreibung der Gemeindevahlen Sache der politischen Bezirksbehörden ist. Es ist also nicht einzusehen, wie die Abwesenheit des Innenministers und die Urlaube der anderen politischen Faktoren, die mit der Sache doch überhaupt nichts zu tun haben, die Ausschreibung der Gemeindevahlen verhindern oder verzögern kann. — Im übrigen bemerken wir, daß die Ausschreibung der Gemeindevahlen ein Politikum ist und daß sich die Koalitionsparteien einen Teufel darum kümmern werden, wer eigentlich zur Ausschreibung der Gemeindevahlen berechtigt ist. Die Gemeindevahlen werden eben dann stattfinden und auf die Art durchgeführt werden, wie es den Koalitionsparteien paßt.

**Kunfts Appell an die tschechoslowakischen Arbeiterparteien.** Zu dem Appell, den Genosse Kunft in der vorgezogenen „Arbeiterzeitung“ an die tschechoslowakischen Arbeiterparteien richtet, bemerkt das „Pravo Lidu“, daß die Gewährung der Anleihe an Ungarn, von den Garantien und von der Kontrolle abhängt, daß Ungarn abrüstet und sein Verhältnis zu den Staaten der Kleinen Entente im Sinne der Erhaltung des Friedens und der Ruhe lokal ordnet. Es ist eine Frage, ob die Magyaren auf diese Bedingungen nicht nur eingehen, sondern ob sie sie auch erfüllen werden. Für uns würde die Berufung Magyars die Möglichkeit einer erfolgreichen Aktion für die Herabsetzung der Militärausgaben bedeuten. Sicherlich werden sich die kompetenten Korporationen unserer Partei mit der Frage befassen, welchen Standpunkt die tschechoslowakischen sozialdemokratischen Abgeordneten dazu einnehmen werden und gern würden diese Korporationen auch die Bedingungen der magyarschen Sozialdemokraten hören. Die Kundgebung des Genossen Kunft können wir bloß als persönliche Auffassung, höchstens als die Meinung der magyarschen Emigration auffassen.

**Die Auflösung des tschechischen Schuhmacherverbandes.** Das Ministerium des Innern hat den kommunistischen tschechischen Schuhmacherverband verständigt, daß dem Rekurse, welchen der Verband gegen seine Auflösung, die durch das Ministerium des Innern ausgesprochen worden ist, überreicht hat, ausschließende Wirkung zuerkannt wird. Wie es scheint, sieht das Ministerium ein, welchen Unfuss es gemacht hat und ist bereit, dem Rekurse stattzugeben.

**Das „Pravo Lidu“ gegen ein Regierungsblatt.** Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten beschäftigt sich in seiner gestrigen Nummer mit dem von der Regierung herausgegebenen Organ „Cestloslovenska Republika“. Es schreibt unter anderem: In den Ministerien werden gerobe die Vorbereitungen für das Budget getroffen und man sucht verzweifelt, wo man etwas ersparen kann. Die Aufmerksamkeit der Regierung sei auf das Regierungsblatt „Cestloslovenska Republika“ gelenkt, für welches die Staatsbürger jährlich ein Millionendefizit tragen müssen. Das „Pravo Lidu“ hat in seiner Druckerei berechnen lassen, daß der bloße Druck der Sonntagsummer des Regierungsblattes 60 bis 70 Heller kostet, während die einzelne Nummer um 30 Heller verkauft wird. Auch im Inseratenteil macht das Blatt den anderen Zeitungen eine Schmutzkonturrenz, denn es bietet Inserate zu einem Preise an, wie dies kein anderes Blatt tun kann und es ist sogar wahrscheinlich, daß das Blatt zu den Gewohnheiten gewisser Winkelblätter greift, indem es sogar Inserate unsonst veröffentlicht, falls die bisherigen Interventionen

der tschechischen Sozialdemokraten keinen Erfolg haben werden, werde die Sache im Parlament zur Sprache kommen. — Dasselbe, was das „Pravo Lidu“ hier über die „Cestloslovenska Republika“ schreibt, weil ihm dieses Blatt Konkurrenz macht, gilt natürlich auch für die „Proger Presse“, für die die Staatsbürger ebenfalls jährlich Millionen zahlen müssen. Vermutlich schreibt aber das „Pravo Lidu“ über dieses Blatt deswegen nichts, weil sein Chefredakteur im Verwaltungsrat der „Proger Presse“ sitzt.

## Letzte Nachrichten.

### Der Dürauer Lohnstreik.

**Prag, 2. August.** Das Sekretariat des Bergarbeiterverbandes teilt mit: Donnerstag vormittag fand in Prag eine Sitzung der sozialistischen Bergarbeiterverbände statt, wobei über das Vorgehen bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern in der Angelegenheit des Lohnstreikes im Ostbau Karwiner Revier beraten und die Beschlüsse über die Vorbereitungen für den Fall eines Kampfes gefaßt wurden. Die Bergarbeiterorganisationen machten dringend darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber nicht berechnigt sind, ab 4. August irgendwelche Änderungen in den Lohnverhältnissen einleiten zu lassen, da die Lohnperiode erst am 11. August endet und der Lohn der Arbeiterschaft für Arbeiten, die sie in dieser Lohnperiode ausgeführt hat, nicht herabgesetzt werden kann. Der Verhandlungen mit den Arbeitgebern werden morgen nachmittag um drei Uhr fortgesetzt.

### Streik der ungarischen Lokomotivführer.

**Wien, 2. August.** (Eigenbericht.) Der Verband der ungarischen Lokomotivführer, der unter Führung der Erwachsenen Ungarn steht, hielt heute eine außerordentliche Generalversammlung ab, die beschloß, daß die Lokomotivführer 50 Prozent ihrer Friedenslöhne in Gold verlangen sollten. Sollte sich die Regierung dieser Forderung widersetzen, dann würden die Lokomotivführer in den Streik treten. Eine zehnjährige Abordnung sollte das Ultimatum dem Ministerpräsidenten übergeben. Die Abordnung wurde vom Handelsminister empfangen, der erklärte, daß die Regierung außerstande sei, die Forderung anzunehmen. Er sagte ihnen zu, daß er sich sofort mit dem Ministerpräsidenten in Verbindung setzen würde. Als dann der Abordnung mitgeteilt wurde, daß der Ministerpräsident mit Berufung auf andere dringende Arbeiten die sofortigen Verhandlungen ablehne, entfernte sich nach einem heftigen Wortwechsel die Abordnung in großer Erregung und erstattete der Generalversammlung Bericht über dieses Ergebnis ihrer Verhandlungen. Die Generalversammlung proklamierte darauf den allgemeinen Streik der Lokomotivführer. Nach der Abstimmung wurde die Parole ausgegeben, daß alle Lokomotivführer ihre Arbeitsstelle anjucken und die Maschinen bedienen, aber keinen anderen Dienst versehen sollten. Die Direktion der Staatsbahnen ordnete aber an, daß alle Heizhäuser abgesperrt werden, sodas dieser Plan nicht ausgeführt werden konnte. Die Direktion teilt den Blättern mit, daß sie mit den Lokomotivführern in Verhandlung getreten sei, deren Zweck es wäre, den Transport von Lebensmitteln und Zeitungen zu ermöglichen. Sie spricht die Meinung aus, daß der Streik von kurzer Dauer sein notwendiger Verkehr durch militärische Maßnahmen möglich sein werde.

### Die Verlängerung der Dienzeit in Belgien.

**Brüssel, 2. August.** Der Senat hat mit 82 gegen 32 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen unverändert den neuen Gesetzentwurf, durch welchen der Militärdienst für die Zeit der Besetzung des Ruhrgebietes um zwei Monate verlängert wird, angenommen.

### Vorläufig kein bayerischer Staatspräsident.

**München, 31. Juli.** Das Plenum des bayerischen Landtages entschied am Dienstag über die Gesetzesvorlage der Regierung betreffend das Volksbegehren und den Volksentscheid, die die bekannte Aenderung der Verfassung darstellt mit dem Ziel, einen Staatspräsidenten zu schaffen. Der Abstimmung ging eine längere Debatte voraus, in der vor allem der demokratische Abgeordnete Müller-Meinungen die Absichten der Bayerischen Volkspartei an den Pranger stellte. Unter großem Beifall der Linken betonte er, daß das Volk heute an diesen staatsrechtlichen Verfassungsfragen absolut kein Interesse habe, ihm viel mehr daran liege, ausreichende und billige Nahrungsmittel zu erhalten. Das Vorgehen der Rechten sei gerade heute um so gefährlicher, weil der Feind vor den Toren Deutschlands stehe. Genosse Endres unterstrich diese Ausführungen und nannte als den wahren Urheber dieser Treibereien gegen die Verfassung die Vaterländischen Verbände, die durch die geplante Verfassungsänderung in die Lage kommen wollen, trotz ihrer verhältnismäßig kleinen Rinderheit dem Lande ihren Willen aufzuzwingen. Daß die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen sich heute schon als Vorkampfbanner dieser Verbände verwenden lassen, zeige ihre Angst vor diesen Verbänden und Herrn v. Kahr, angesichts der Parlamentswahlen im kommenden Jahr. Die namentliche Abstimmung ergab 78 Stimmen für und 59 Stimmen gegen die Regierungsvorlage. Die gesetzliche Zweidrittelmehrheit wurde also nicht erreicht, sodas die Vorlage als abgelehnt gilt.

## Nachübungen der Wissenschaft.

Im Grazer „Arbeiterwillen“ lesen wir folgende ergötzliche Erzählung:

Einigen Herren der Grazer Hochschulen fiel beim gelligen Spiritusmischum während des Dämmerhockens ein, daß der Wissenschaft, die sie verschleigen, das Wichtigste fehlt: die Soldatenpielerei, und darum setzten sie sich zusammen, und brüteten einen Plan aus, nach dem auch die Grazer Universität ihr militärisches Gepräge erhalten soll. Zu diesem Zwecke gründeten sie unter den Studenten einen „Selbstschutzverband“, in dem die deutsche Wissenschaft in Doppelreihen eingeteilt wird und Kant und Fichte durch Gewehrgriffe eine Ergänzung erfahren. Gleichzeitig soll durch die Organisation der Selbstwehrräger im Gewehrgriffpaten den agrarischen Heimkehrern, deren des Rintelen-Ahrer ein akademisches Segengewicht geschaffen werden. Die neue Grazer Wissenschaft, die sich nun im Kapselschießen kulturell austoben will, hat sozusagen ihr eigenes Delanat, dem folgende Leuchten der Halbachttheorie angehören: Die Doppelreihenpaten verlorfert ein Student namens Gruber, der die Revolution von der Schindermiese des Erzgeriefes, wo er Hauptmann war, in die Universität geblasen hat. Neben diesem Hauptmannstudenten, dem die militärische Leitung des akademischen Selbstschutzes ausgeliefert ist, fungiert als technischer Generalreferent der Technikus Rittfeldler, der sozusagen Supplat der Technik oder länger dienender Hochschulfeldwebel ist und eigentlich schon Anspruch auf das Unteroffizierszeugnis für eine Zivilanstellung hätte, denn er dient der Technikerstraße schon eine lange Reihe von Jahren mit einer Unverdorfenheit, die der Gebuld seiner Eltern ein sehr ehrendes Zeugnis ausstellt. Von diesem Beibrücker der technischen Wissenschaften erhofft sich der akademische Selbstschutz eine neue epochale Methode des Gewehrputzens. Als Pataillonschef dieser Organisation wurde der sich ebenfalls in permanenter passiver Studierresistenz befindliche Techniker Rauter gewonnen, und um das Pathologische des ganzen Unternehmens gleich von vornherein zu betonen, ist die heilige Aufgabe der medizinischen Strategie dem Professor der Pathologie Herr Dr. Hartmann zugebeutelt worden. Andere als geistige Erkrankungen sind in diesem Beere augenscheinlich gar nicht vorgeesehen oder sie sind statutarisch verboten. Dr. Hartmann, Professor der großdeutschen Pathologie, ist auch als der eigentliche spirituelle Rektor des Selbstwehrgertums im Schutze zu betrachten. Zur Ehre der Studenten sei jedoch mitgeteilt, daß sie dieser Soldatenpielerei mit sehr gemischten Gefühlen gegenüberstehen und mit Recht nicht einsehen wollen, warum gerade jetzt, wo die Zeiten am ruhigsten sind, der Alma mater eine Büchse umgehängt werden soll, weil sie wohl wissen, daß durch derlei Geschichten bloß Mistrauen in das deutsche Volk gebracht wird und das natürliche Ende einer solchen Gruppenbewaffnung die gegenseitige Feindschaft, wenn nicht gar der Bürgerkrieg sein muß. Durch gewisse Umstände aber, wie zum Beispiel den Korpszwang, und den Umstand, daß die Bereitung des selbstschützenden Stedenpferdes durch einen Professor Gefahren in sich birgt, die nicht im Kampfe mit einem bisher noch gar nicht bekannten Feinde, sondern im Wohl- oder Uebelwollen bei den Prüfungen liegen, sind einige nicht kaltensteife Burtschen gezwungen, Bürgergarde zu mimen.

Das hinderte den Generalstab des S. Z. jedoch nicht, auch Uebungen im „großen Stil“ abzuhalten. Das sind die sogenannten Nachübungen, die ausnahmsweise nicht im Laternenauslöschen, sondern im wirklichen, kriegerischen Felddienst bestehen. Jede Woche einmal wird ein solches Herbstmanöver unter der Leitung von „meinem Freund, dem Löbl“ geliefert. Da treffen sich Mantas Lieblinge um 8 Uhr abends, mit Zigaretten bewaffnet, in geheimnisvoller Weise bei der Gilmwarte, küstern leise Heil! und stellen sich in Reih' und Glied. Reist sind es Massen von 60 bis 80 Mann, die ganz ohne Furcht im finsternen Walde stehen. Absicht ist, in Ermangelung eines Feldherrnhügels, auf einer Bank der Generalstab und entwirft seinen Schlachterplan. Das Indianenspiel sollte auf Grund von Gegenfeitigkeit vor sich gehen. Der „Feind“ marschirt dann ab und irgendwo im Gstauber sollen die beiden Heerhaufen aneinanderstoßen. Aber mit der Gegenfeitigkeit wird es zumeist nicht. Einesteils deswegen, weil die Besatzungsmannschaften langsam abbrödeln und zum Löffler auf einige Viertel Schilcher vorführen, während auch die anderen sich vom Feinde unermüdet lösen und rückwärtige, vom Stubenmäßigen schon vorbereitete Stellungen unter den Tüchenten einnehmen. Der Schluß ist dann immer, daß die einen schon ihre ganze Munition verbraucht haben, während die anderen nicht mehr zurückfinden und so unterbleibt dann jedesmal die Schlacht. Was da geübt wird, ist sehr lieb und nett, denn diese konsequente Umgehung des Feindes scheint eigentlich eine verschämte Demonstration für die Parole: „Nie wieder Krieg!“ zu sein. Aber diese lobenswerte Friedensliebe könnten die Herren aus einfachere und aufrichtiger Art zum Ausdruck bringen, ohne sich von Professoren der Pathologie lächerlich machen zu lassen. Die jungen, netten Leute vom Selbstschutz der Gilmwarte sollen sich von solchem militärischen Schein nicht blenden lassen, wenn er ihnen auch von Hochschullehrern doziert wird, denn der Schein trägt und auch der Schein der wissenschaftlichen Leuchter kann tragen, was so mancher Selbstschützling während der nächsten Uebungen im Mariatrofer Wald an den Johannisläuferln zu beobachten Gelegenheit hatte, die schon flimmern, deren Klang aber doch nur vom Hintern kommt.

## Tages-Neuigkeiten.

**Kommunistische Lumpereien.** Der Wiener „Arbeiter-Ztg.“ entnehmen wir: „Am 27. Juli brachte die „Rote Fahne“ sensationelle Enthüllungen über den „offenen Verdacht an der Wollersdorfer Arbeiterschaft“. Und zwar war sie durch ein Sitzungsprotokoll der Wollersdorfer Werke A.G. in die angenehme Lage versetzt, die ganze verräterische Haltung der Gewerkschaftsbürokratie in der Wollersdorfer Frage aufzudecken.“ Dieses Sitzungsprotokoll ist, wie zumeist alles, was sich in diesem feinen Blättchen findet, eine Fälschung. Zwei Tage vor seiner Publikation in dem Lumpenblättchen, und zwar am 25. Juli, wurde das Sitzungsprotokoll öffentlich als Fälschung festgestellt. Der Wollersdorfer Gewerkschaftsmitglied des Lumpenblättchens, der kommunistische Betriebsrat Karl Krail hatte nämlich das gefälschte Protokoll in Abhängen unter der Wollersdorfer Arbeiterschaft verbreitet. Am 25. Juli hatte er in einer kombinierten und erweiterten Sitzung der Arbeitslosenvertretung und der Vertretung der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes Gelegenheit, die Echtheit seines Dokumentes zu beweisen. Die beweiskräftig ist, mag aus folgendem einstimmig gefaßten Beschluß entnommen werden, der in den Wollersdorfer Werken öffentlich angeschlagen wurde:

Die lügenerischen Ausstellungen des Krail und anderer ihm gleichwertiger Personen, die gestern (24. Juli) in den Wollersdorfer Werken verbreitet wurden, sind durch Verlesung und Vergleich der Protokolle der Wiener Sitzung vom 19. Juli im Original und Abschrift als Unrecht und grobe Verleumdung erkannt. Die verbreiteten Ausstellungen stellen sich als eine den primitivsten Ehrbegriffen entsprechende Handlungswelt dar. Die ausgestreuten Verdächtigungen — wie „Verrat der Arbeiter“ und ähnliches mehr — haben sich als aufgelegte Lügen herausgestellt. Krail hat durch die Ausbreitung unwahrer Gerichte eine unproletarische Handlung begangen, die als ein Verbrechen an den Interessen der Arbeiter zu bezeichnen ist. Diese Handlungswelt zeichnet den Krail als einen Lügner, Verleumder und Ehrabschneider. — Wer diese Gerichte weiterverbreitet, ist gleichfalls als Lügner und Verleumder anzusehen.

Dies ward also öffentlich festgestellt: daß das Sitzungsprotokoll gefälscht und der Krail ein Lügner, Verleumder und Ehrabschneider sei. Aber zwei Tage später wiederholen die Lumpen in ihrem Blättchen mit einer Seelenruhe die Fälschung, Lüge und Verleumdung, als wäre nichts geschehen, als wäre an der Wahrheit ihrer Behauptungen nicht der leiseste Zweifel. So wie in Wien, versuchen Lumpen a la Krail auch anderswo die Arbeiterbewegung unsicher zu machen und zu vergiften. Es müssen nicht immer Verleumder und Ehrabschneider sein. Soldatenhändler, Übergauler und betrügerische Bürgermeister und Defraudanten tun's auch. Aber mit ihnen allen wird die anständige Arbeiterschaft Mode machen und sie zum Teufel jagen.

**Die Falkenkreuzer im Solde der Unternehmner.** Bei den verhafteten Mitgliedern des „bürgerlichen Ordnungsdienstes“ in Dresden, der zumeist aus Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens und anderer rechtsradikaler Organisationen bestand, beschlagnahmte die Polizei zahlreiche Waffen, die diese Leute im Gedränge weggeworfen hatten. Der verhaftete Major Köfler, der diesen bürgerlichen Ordnungsdienst organisierte, hatte die Waffen zum größten Teile von Geldern beschafft, die der Sekretär Dr. Weigner vom Verband sächsischer Industrieller hergegeben hatte.

**Die volksfreundlichen Hausbesitzer.** Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß in Eilditz bei Komotau ein Hausbesitzerverein sich bildete, der in seinen Satzungen den Mitgliedern unter anderem auch zur Pflicht machte wollte: „Dem Vereinsvorstande jene Mietparteien zu benennen, die sich ihnen nicht als empfehlenswert erweisen haben.“ Dieser Versuch eines Zwanges zur Angerebtheit ist schlaggeschlagen, die politische Behörde hat den Passus über die pflichtgemäße Denunziation aus den Statuten gestrichen. Aber die volksfreundlichen Hausbesitzer von Eilditz haben allüberall ebenbürtige „Berufskollegen, die — wenn sie ihre Freiheiten schon nicht statutarisch festzulegen versuchen — doch wenigstens untereinander die Angelegenheiten organisieren. Dies beweist ein kürzlich veröffentlichtes Kundschreiben des Karlsbader Hausbesitzervereines, in dem es u. a. heißt:

„Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß seitens des Vereines ein sogenanntes Schwarzbuch geführt wird, in welches jene Mieter eingetragen sind, die sich dem Hausbesitzer gegenüber in besonders gebissiger Weise benommen haben. Es ist wünschenswert, daß die Mitglieder von dieser Einrichtung Gebrauch machen, den Ausschuß von allen Vorfällen, in welchen ein gebissiges Benehmen der Mieter zutage tritt, Mitteilung machen und in das Schwarzbuch von Zeit zu Zeit Einsicht nehmen; das Schwarzbuch wird jeweils beim Vereinsobmann aufgelegt.“

„Es ist wünschenswert“, ... daß die Mieter diesen reaktionären, dunkeligen Hausbesitzern die Zähne zeigen; nicht nur in Karlsbad und nicht nur in Eilditz, sondern überall. Das System der „Schwarzbücher“ muß dieser Gesellschaft verleidet werden, noch ehe die Hausdespoten von dieser nichtverträglichen „Einrichtung Gebrauch machen“.

Hat der Ludwig Wolf die Waischen schon wieder vergessen? Es ist doch erst ein halbes Jahr her, daß er öffentlich geächtet wurde. Wie also ist es möglich, daß ebendieser Wolf, Herausgeber und Chefredakteur des deutsch geschriebenen Regierungssprekils „Deutsche Abendzeitung“ in Saaz sich wiederum an die Oberfläche wagt? Wahrscheinlich hofft er, indem er andere angreift, vergessen zu machen, daß er von der ganzen Bevölkerung als gemeingefährliches Subjekt betrachtet wird und dementsprechend seinerzeit auch behandelt wurde. In einer der letzten Nummern seines Mißblattes reißt sich der Purche an dem — „Sozialdemokrat“ und an den sozialdemokratischen Führern. Der Wolf schäme sich doch selber hoffentlich tief genug ein, um nicht zu erwidern, daß wir mit Leuten seines Schlages polemisieren. Er war für uns und alle anständigen Menschen erledigt, ehe er noch im Saazer Hotel „Engel“ öffentlich geohrfeigt worden ist. Die Antwort auf seine neuen Gemeinheiten — wenn wir ihn überhaupt einer Antwort würdigen — könnte nicht anders ausfallen.

**10.000.000 Kriegsverstümmelte.** Die vom Internationalen Arbeitsamt einberufene Sachverständigenkommission zur Prüfung der Verwendung von Kriegsverstümmelten trat am Dienstag am Sitz des Arbeitsamtes in Genf unter dem Vorsitz von Thomas zusammen. Am ersten Beratungstage äußerten die Sachverständigen die Überzeugung, daß dem Problem der Invalidenverwendung große Bedeutung zukomme und deshalb eine rasche Lösung erwünscht sei. Im Anschluß daran befahnte man sich mit dem in England zur Durchführung gelangten System zur Beschäftigung der Invaliden. Die Mehrzahl der Sachverständigen sprach sich für die gesetzliche Pflicht zur Beschäftigung von Invaliden aus, wobei der Verschiedenheit der nationalen Lebensverhältnisse Rechnung getragen werden soll. Formelle Beschlüsse können erst nach Abschluß der Arbeiten der Kommission gefaßt werden. Nach dem vorläufigen Bericht des Internationalen Arbeitsamtes werden folgende Angaben über die Zahl der pensionsberechtigten Kriegsverstümmelten in den verschiedenen am Weltkriege beteiligten Ländern gemacht: Deutschland 1.537.000, Australien 75.000, Oesterreich 164.000, Belgien 50.000, Kanada 45.000, Vereinigte Staaten 157.000, Finnland 10.000, Frankreich 1.500.000, Großbritannien 117.000, Italien 800.000, Polen 320.000, Rumänien 100.000, Jugoslawien 164.000, Rußland 775.000, Tschechoslowakei 136.000, Neu-Seeland 20.000. Die Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten beträgt somit 7.124.000. Bei dieser Zusammenstellung fehlen jedoch noch die amtlichen Statistiken über die Zahl der Kriegsoffiziere in der Türkei, Bulgarien, in den Baltischen Staaten, Portugal, Ungarn und Japan. Es kann angenommen werden, daß die Zahl der Kriegsverstümmelten sich auf 10.000.000 beläuft.

**Die Wiener Kriegsheher aus dem Juli 1914.** In der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlicht der ehemalige österreichisch-ungarische Konsul Emanuel Urbas Erinnerungen aus den kritischen Julitagen 1914. Es finden sich darin menschlich und politisch bemerkenswerte Tatsachen, die bisher unbekannt waren. Konsul Urbas schreibt u. a.: Der Kaiser Franz Josef war nicht so friedfertig, wie er von vielen Biographen geschildert wird. Er glaubte den Krieg gegen Rußland schon seit längerer Zeit kommen zu sehen und hatte sich in diesem Sinne wiederholt im vertraulichen Gespräch geäußert. Er hat dann diesen Krieg mit jenem fatalistischen Gleichmut hingenommen, der seinem Wesen überhaupt eigentümlich war. Was aber die Ermordung des Erzherzogs und die allgemeine Empörung gegen Serbien aus diesem Anlasse betraf, so ging ihm das alles nicht eben sehr nahe. Als ihm der erste Generaladjutant,

Graf Paar, die Nachricht von dem Ende des erzherzoglichen Paares überbrachte, nahm er, wie der Flügeladjutant des Grafen Paar selbst erzählt hat, diese Mitteilung mit den Worten an: „So hat Gott doch wieder alles in Ordnung gebracht.“ Er meinte damit, daß durch den Tod des Erzherzogs und seiner Gemahlin die Gefahren eines späteren Erbfolgestreites wegen der morganatischen Ehe des Erzherzogs beseitigt worden seien. Von den Wiener Kriegshebern sagt Urbas: Der kabinetschef Berchtold, Graf Alexander Hoyos, war das Haupt jener Gruppe der politischen Beamten des Wiener Auswärtigen Amtes, die den Grafen Berchtold nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in seinen kriegerischen Neigungen bestärkten. Am Nachmittag des 4. Juli entschlöß sich Graf Berchtold, seinen kabinetschef Grafen Hoyos mit der Mission zu betrauen, in Berlin mit dem nötigen Nachdruck für den Krieg zu wirken. Dieser Auftrag beruhte im folgenden: Erstens sollte Hoyos dem österreichisch-ungarischen Vorkaiser in Berlin, Grafen Szögeny, der Handschreiben und Denkschrift dem deutschen Kaiser zu überbringen hatte, vertraulich dahin instruieren, daß es der Wunsch der höchsten Stellen in Wien sei, für ein aktives Vorgehen gegen Serbien eine unbeschränkte Vollmacht von dem deutschen Monarchen und seiner Regierung zu erhalten. Zweitens sollte von dem deutschen Kaiser eine ausdrückliche Erklärung des Sinnes erwirkt werden, daß derselbe auf jeden Fall, was auch immer die Folgen einer kriegerischen Aktion Oesterreich-Ungarns gegen Serbien sein sollten, mit seiner ganzen Heeresmacht für die Sache Oesterreich-Ungarns einzutreten gewillt wäre. Drittens sollte Graf Hoyos durch persönliche Frühlingnahme mit dem Leiter des deutschen Auswärtigen Amtes Erklärungen der deutschen Regierung provozieren, die geeignet wären, sowohl die Bedenken des Kaisers Franz Josef zu überwinden, wie den Widerstand des Grafen Tisa zu brechen.

**Ein neuer Höhenweltrekord.** Der Flieger Sadi-Lecointe hat in Villa Coublay eine Höhe von 10.900 Meter erreicht und damit den Weltrekord geschlagen.

**Allgemeine Amnestie in der Türkei.** Wie die Blätter aus Konstantinopel melden, werde die türkische Regierung nach Ratifizierung des Friedensvertrages eine allgemeine Amnestie erlassen.

**Lausanne, die Stadt der Friedensverträge.** Die Geschichte kennt, wenn man von dem „Gottesfrieden“ absteht, der im Jahre 1032 auf dem Ramn des Montions von einer Versammlung von Erzbischöfen, Bischöfen und Gelehrten beschworen wurde, vier Verträge von Lausanne. Der erste war jener, der am 30. Oktober 1564 im Stadthaus unterzeichnet wurde. Durch ihn wurde nach langen und schwierigen Verhandlungen der Friede zwischen Bern und dem Herzog Emanuel Philipp von Savoyen besiegelt. Der Herzog verzichtete gegen eine Zahlung von 30.000 Gulden erbgültig auf das Waadtland, das im Jahre 1536 von den Bernern erobert worden war. Am Freitag, den 12. Oktober 1912, wurde um drei Viertel 4 Uhr nachmittags im Hotel Beau-Rivage in Duche bei Lausanne der Vertrag unterzeichnet, der den italienisch-türkischen Krieg beendet. Am 23. Juli 1923 wurde zwischen Polen und der Türkei ein wechselseitiger Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen und tags darauf im Palais Rumine endlich das Dokument unterzeichnet, das den Frieden und den neuen Zustand im nahen Orient beglaubigt.

**Choleraepidemie in Bessarabien.** Aus Bukarest wird uns telegraphiert: Die Buharester Oberbehörde des öffentlichen Gesundheitswesens veröffentlicht heute ein Kommuniqué über Choleraerkrankungen in Bessarabien. Die Epidemie hat bisher, nach den amtlichen Berichten, zehn Todesopfer gefordert. Die Nachrichten über die Epidemie rufen in der Bevölkerung der ost-rumänischen Gebiete wachsende Nervosität hervor.

**Eine deutsche Buchausstellung in Moskau.** Anfang Oktober wird in Moskau eine deutsche Buchausstellung eröffnet, auf welcher im ganzen 40.000 Bücher ausgestellt werden sollen.

**An Ausländer darf in Sachsen nichts verkauft werden.** Verschiedene deutsche Grenzgemeinden an der tschechoslowakischen Grenze haben den einheimischen Geschäftsleuten verboten, an Ausländer Waren zu verkaufen. Nur Personen, die durch ihr Arbeitsbuch nachweisen, daß sie in Sachsen beschäftigt sind, können Waren erhalten. Die Kontrollauschüsse haben die Aufsicht in den letzten Tagen scharf durchgeführt. Lediglich frisches Gemüse und Luxuswaren dürfen an Ausländer verkauft werden. Auch an Kinder wird keine Ware ohne Prüfung gegeben.

**Der Flugverkehr Paris—Straßburg—Prag** wird in der ersten Hälfte des Monats August in der Nacht durchgeführt werden. Die Flugzeuge langen von Prag ans nach 1 Uhr nachts in Paris ein.

**Andauernde Verringerung im Befinden Harding.** Der Gesundheitszustand des Präsidenten Harding hat sich, wie aus San Francisco gemeldet wird, gebessert, doch ist erhöhte Fürsorge zur Verhinderung von Komplikationen erforderlich.

**Juwelen um 900 englische Pfund gestohlen.** Aus Wien wird gemeldet: Der Gattin des ehemaligen englischen Militärbevollmächtigten Lady Montgomery Cunningham wurden zur Nachtzeit auf dem Schiffe Eugen Rothschild in Ensersfeld, wo sie zum Besuche weilte, Juwelen im Werte von 900 englischen Pfund gestohlen. Es gelang, fast den gesamten gestohlenen Schmuck wieder zustande zu bringen und auch den Dieb, den in der Nähe von Znaim geborenen Tischlergeshilfen Dabergger, zu verhaften.

**Gründung einer tschechoslowakischen Akademie in Rom.** Nach einer Meldung des deutschgeschriebenen Regierungsblattes wird die Tschechoslowakische Republik in Rom eine wissenschaftliche Akademie errichten. Die Gemeinde Rom hat der tschechoslowakischen Regierung auf dem Valle Giulia für das Institut ein Grundstück unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, daß der Bau der Akademie im Laufe von fünf Jahren begonnen wird. Ueber den definitiven Titel der Akademie wurde bisher noch keine Entscheidung gefaßt. Die Akademie soll Angehörigen des tschechoslowakischen Staates auf dem Boden Italiens eine Arbeitsstätte bieten.

**Am Hungerstein in der Elbe bei Bodenbach** sind die Jahreszahlen 1616, 1746 und 1800 infolge des niedrigen Wasserstandes der Elbe wieder sichtbar geworden. Wenn der Wasserstand der Elbe weiter sinkt, was infolge des Wetterumschlages und der sich daraus ergebenden Trockenheit im Bereiche der Möglichkeit liegt, so dürften die Jahreszahlen 1004 und 1911 zum Vorschein kommen.

**Ermordet und ins Wasser geworfen.** Dieser Tage wurde bei Eger die Leiche eines Mannes aus der Eger gezogen, die bereits zehn Tage im Wasser gelegen sein mußte. Die Leiche wies eine Kopfverwundung auf und der Kratte stellte fest, daß es sich um einen Kopfschuß handelt, der von einer kleinkalibrigen Schusswaffe stammt. Es ist die Vermutung naheliegend, daß der Mann erschossen und nachher in die Eger geworfen worden ist. Seine Identität konnte noch nicht festgestellt werden.

**Das Salz wird billiger.** In kürzester Zeit wird eine Verlautbarung des Finanzministeriums erscheinen, die eine Herabsetzung des Preises für Steinsalz aus den karpatenrussischen Salzbergwerken von 103 K auf 93 K beinhaltet. Der Preis für gemahlene Salz wird sich um 1000 K per Wagon billiger stellen.

**Witterungsübersicht vom 2. August.** Mittwoch herrschte in der ganzen Republik ungestörtes Wetter. Alle Wetterwarten melden Niederschläge, jedoch von verschiedener Ergiebigkeit: Höchstmengen: Nachod 26, Rajecfa Teplice 19, Brünn 14, Znaim 18 und Wildschwert 12 Millimeter. Lucenc und die Stationen Nord- und Westböhmens hatten dagegen nur einen halben Millimeter. Die Nachmittagstemperaturen

erreichten im Osten des Staates 30 bis 32 Grad Celsius, in Böhmen nur 18 bis 20 Grad Celsius. Der Sturm, der sich nachmittags über das Gesamtgebiet der Republik ausbreitete, brachte besonders im Osten eine sehr erhebliche Abkühlung (Rafchau Temperaturmaximum 30 Grad, Minimum heute 8 Grad Celsius). Donnerstag früh war es in ganz Mitteleuropa heiter. Nach beträchtlicher Luftdruckzunahme in unseren Gebieten hat sich hoher Druck über Mitteleuropa ausgedehnt (Jugoslawien 765 Millimeter), während über dem Ozean, westlich von Irland, erneut eine tiefe Depression erschienen ist, die die gleiche Bahn einschlägt, wie die vorhergehende. Die heutige Verhinderung ist somit nur vorübergehend. — Wahrscheinlich Wetter am 3. August: Westen: Bevölkerungszunahme, wärmer, später Neigung zu Niederschlägen und Gewittern. — Osten: Vorwiegend heiter, warm, Neigung zu Lokalgewittern.

**Niederschlagsverhältnisse in der Republik im Juli.** Eine annähernde Uebersicht der Niederschlagsverhältnisse im verfloffenen Juli liefern die Summen, die auf Grund der täglichen telegraphischen Wettermeldungen an die Staatsanstalt für Meteorologie zusammengestellt sind; die Zahlen sind zwar abgerundet, gestatten jedoch eine hinreichende Charakterisierung der Regenverteilung. Neben der Summe in Millimetern (d. i. Liter pro Quadratmeter) ist in Klammern überall der prozentuelle Niederschlagsbeitrag im Vergleich zum vielfjährigen Normalwert angeführt: 100 Prozent entspricht der normalen Anfeuchtung, 50 Prozent bedeutet, daß nur die Hälfte der normalen Regenmenge zur Beobachtung kam. Die Beobachtungsstationen sind nach diesen prozentuellen Beträgen angeordnet, somit vom relativ feuchtesten zum relativ trockensten Ort fortschreitend: Klattau 88 Millimeter (109 Proz.), Brünn 77 (106), Hl. Salica 64 (84), E mäh 61 (80), Prag 63 (80), Wildschwert 82 (80), Eger 63 (78), Znaim 54 (75), D. Brod 60 (68), Prrau 62 (68), Troppau 63 (59), Tabor 40 (54), Zamek 66 77 (49), Trautenau 54 (48), Tr. Podzamek 61 (47), Rafchau 35 (46), Donnersberg 41 (44), Nitra 27 (44), Ughorod 40 (42), St. Smelovec 44 (36), Lucenc 25 (33), Prrsburg 21 (31), St. Pala 16 (30), Pudweis 23 (26).

**Prager Chronik.** Im Prager Krematorium sind in der Zeit vom 1. bis 31. Juli die Leichname von 159 Personen eingäschert worden. Davon waren 81 Männer, 55 Frauen, ein Knabe und zwei Mädchen. Nach dem Glaubensbekenntnis waren 71 römisch-katholisch, 16 Angehörige der tschechoslowakischen Kirche, sieben evangelisch, eine altkatholisch, sieben israelitisch und 37 konfessionslos. 99 Personen waren aus Prag, 40 Ortsfremde. In die Gesamtzahl sind auch sieben exhumierte Personen eingerechnet.

Der gestern eingetretene Wetterumschlag in Prag hat wieder eine Bevölkerung der Moldauer durch Baden zur Folge. Im Hinblick auf die vielen Unfälle, die sich bei der letzten Hugenwelle beim Baden in der Nähe der Insel Groß-Benedig ereignet haben, wird das Badepublikum nochmals eindringlich darauf aufmerksam gemacht, daß das Baden und Herausschwimmen in die Moldau bei der genannten Insel wegen der dort vor einiger Zeit vorgenommenen Baggerungen sehr gefährlich ist. — Gleichzeitig wird das des Schwimmens unkundige Publikum vor Kahnfahrten gewarnt, da die Moldau innerhalb der Stadt einige Meter tief und infolge der großen Fluthebung sehr reißend ist, so daß beim Kentern eines Kahnbes Hilfe oft zu spät kommen muß.

In der Strakenkreuzung Wenzelsplatz—Graben wurde seinerzeit die Standuhr entfernt. Ein vollwertiger Ersatz, beispielsweise an einer sichtbaren Stelle eines der Gebäude dieser Kreuzung, ist bisher nicht geschaffen worden. Bedeut vielleicht die Gemeinde die „allzu großen“ Kosten?

(Nachdruck verboten.)

**Die Glücksbude.**

Erzählung von Ernst Preegang.

V.

Frau Trudes Methode bewährte sich. Zwar blieb es auch in der Folge ein mühseliges und ungewisses Leben, das sie bald bergauf, bald bergab führte und ihre ganze Unermüdlichkeit und frohe Kraft forderte, aber die düsteren Befürchtungen Jeremias wurden zusehends. Weder der erste noch der zweite Tag der Glücksfelder Kirznes hatten das richtige Maß gegeben, sondern eigentlich nur die unterste und oberste Grenze bezeichnet, innerhalb deren sich in Zukunft ihre Erfolge bewegten. Es kamen Ausnahmetage derselben Art; in der Regel konnten sie an den Abenden ihrer Geschäftstage feststellen, daß für Brot und Unterkunft der nächsten Zeit gesorgt sei. Frau Trude war damit zufrieden. Jeremias nicht. Nachdem seine erste Gedrücktheit überwunden und die Erinnerung an jene Vorgänge, die ihn auf seiner Bahn gescheitert, unter dem Eindruck der wechselnden Reiselbilder, und den Anforderungen jeden Tages verblaßt waren, richtete sein Verlangen sich auf ein neues Ziel. Er wollte irgendwo ein festes Geschäft erwerben, wollte von neuem in die Kreise der Wohlhabenden eintreten und „nicht auf der Landstraße verenden“, wie er sagte.

„Das hast du aus einem Dora-Brief“, erwiderte ihm Frau Trude. „Ich wette, daß es ihre eigenen Worte sind.“

Frau Trude lächelte: „Weil sie aus deinem Munde spricht.“

Er wurde verlegen: „Na, ja. Geschrieben hat sie; ich soll dir einen Gruß bestellen. Und — ja, sie hofft allerdings, uns bald wieder in besseren Verhältnissen zu wissen.“

„Ich hoffe es auch. Ich hoffe, daß wir bald unseren Wagen kriegen werden.“

Jeremias lachte, halb ärgerlich: „Du mit deinem Wagen! Willst du denn dein ganzes Leben lang in Dörfern herumkutschieren?“

„Warum nicht? Ist es denn nicht schön, stets unterwegs zu sein?“

„Nein. Abgesehen von der Unruhe. — fast überall empfängt uns Mißtrauen und Nichtachtung, wenn nicht gar Verachtung. Fahrnde Leute, pah!“

„Zuweilen ist es so. Aber denke dich festhaft in einer Stadt.“ Frau Trude sprach nicht weiter.

„Ich verstehe dich. Du meinst, daß meine Vergangenheit —“

„Ja, ich meine allerdings, Jeremias, daß auch du dir gar nichts Besseres wünschen kannst, als in einer jährbaren Wohnung durch die Gänge zu streifen und allen Schikanen und blöden Nachrichten aus dem Wege zu gehen. Ich kenne dich, du würdest darunter leiden. Und es könnte sich wohl noch einmal etwas Aehnliches wie damals ereignen.“

Er erhob sich. „Ja, das könnte es. Da hast du recht. Trotzdem —“ er sah verloren vor sich hin, gab sich dann einen Ruck: „Nun, vor der Hand ist's schon aus anderen Gründen unmöglich.“

Frau Trude gab sich für den Augenblick zufrieden. Aber mit zäher Energie führte sie den stillen Kampf gegen alle Widrigkeiten fort, die

ihrem Vorhaben im Wege standen. So schrieb sie einen ersten Brief an Dora, in dem sie auf das energischste forderte, alle Einflüsterungen, die den allmählich fortschreitenden Gesundungsprozeß ihres Mannes unterbrechen und stören müßten, zu unterlassen. Das Dora nicht sah. Trude bemerkte es sofort: daß hier Keime aufschossen, die, wenn sie nicht sofort unterdrückt wurden, zu einer tiefgehenden Zwietracht in ihrem Eheleben führen müßten. Sie war entschlossen, in diesen Dingen mit der Rücksichtslosigkeit des Arztes vorzugehen, der gegen Liebe, aber schädliche Gewohnheiten seine Autorität einsetzt.

Dann war noch eine Sorge: Jeremi. Nicht gerade eine Sorge der nächsten Tage, aber doch der Zukunft: was sollte aus ihm werden?

Er stand nun auch schon seine drei Fuß hoch in den Schuhen, war ein schlanker, lebendiger Junge mit blauen Augen und goldgelben Locken geworden, der sich in allen Marktbuden umhertrieb und von den fahrenden Leuten bereits einen Spitznamen erhalten hatte. „Das kleine Biesel“ nannten sie ihn. Wohl deshalb, weil er so behende durch alle Zeltöffnungen schlüpfen konnte und bald hier, bald dort zu sehen war. Die Aushändler und Juckerbäder stopften ihm mehr hinein als gut war; sein Vater legte ihm die besten Bissen auf den Teller.

Ein besonderes Vergnügen bereitete es ihm, das große Glückrad zu drehen, das Frau Trude ein neues Inventar der Bude zugelegt.

Da kamen dann häufig alte freundliche Damen und lachende junge Mädchen, die einen Einlaß wagten: „Ach, bitte, lassen Sie doch den Kleinen das Rad drehen; so ein lieber, hübscher Junge, der muß ja Glück bringen.“

Dann lächelte Jeremias, der Alte, sah mit

einem stolzen freudigen Leuchten seiner Augen auf den Sohn und rief: „Gewonnen!“

Ja, sie gewannen alle. Eine Niete durfte es nicht sein.

Und Jeremi reichte mit seinen kleinen Händen der lachenden Gewinnerin eine Vase, eine Brofche, eine Tasse oder was sie sich in einer bestimmten Preislage aussuchen konnte.

Frau Trude lachte dazu: „Geh, Jeremi, geh mit dem Vater spazieren. Ihr ruiniert mir das ganze Geschäft.“

Sie gingen gern miteinander, die beiden. Sinaus aus dem Jahrmarktstübel in die freie Natur, wo hohe Berge sich aufstreckten, breite Flüsse strömten oder mächtige, dunkelblaue Wälder sich ausdehnten. Oder sie waren in einer Stadt, die alte Merkwürdigkeiten aufwies und Gesehen sein wollte. „Gönn' dir auch ein Glas Bier, mias; wir werden nicht arm davon.“ Er tat's nur selten, trotzdem Frau Trude ihm die Verwaltung der Kaffe und alle Buchführung überlassen hatte; er geizte mit jedem Groschen. Aber wenn die Buden geschlossen waren und sie zu dreien gingen, dann mußte sie ihn oft zurückhalten, weil er in fröhlicher Laune verschwendend wollte.

Er spürte die kluge Politik in allem; fühlte sich oft bedrückt davon, weil er dieser Fürsorge und tatkräftigen Liebe nichts entgegenzustellen hatte als die eigene Jüncigung und, in den Momenten einer heißen Urmarmung, eine überströmende Dankbarkeit in Worten. Denn auch die Arbeit lag zum größten Teil auf ihren Schultern. Er löste sie wohl ab in den Stunden des schwächeren Geschäftsganges und besorgte alles, was außerhalb der Bude zu erledigen war, aber die treibende, leitende Kraft blieb doch sie. Es fiel

weit gebracht: in dem Zensurwahnsinn, wie er sich hier austobt, liegt wahrhaftig nicht mehr Methode! Sie ist nurmehr blanke Dummheit!

Was Mittelhauser und Udrjal sagten.

Udrjal an Mittelhauser:

Herr General! In den nächsten Tagen feiern Sie in voller Manneskraft und Frische Ihren 50. Geburtstag. Da ich meine Abreise auf Urlaub nicht weiter verlegen kann...

Herr General! — Wir bliden mit freudigem Dank auf das große Werk, das Sie unter sehr schwierigen Bedingungen ausgeführt haben und noch ständig für die Organisation unserer Armee...

Ich hatte nicht nur schon einmal Gelegenheit, hervorzuheben, daß wir unbedingt den Anschluß an die französische militärische Doktrin brauchen...

Herr General! Sie haben mit Ihrer Tätigkeit bei uns einen großen Dienst erwiesen, nicht nur für unsere Heimat, sondern auch für das zivile und eble Frankreich...

Mittelhauser an Udrjal:

Herr Minister! Eine bedauerliche Seite Ihrer Ministerchaft bleibt die mächtige Veranlassung, die Sie der Entwicklung des Militärflugwesens gaben. Tief durchdrungen von den Lehren der Geschichte...

Sie sind, Herr Minister, der erste Soldat der tschechoslowakischen Luftschiffahrt.

Ich spreche den Wunsch aus, daß die bevorstehende Reise des Staatschefs nach Frankreich zwei Demokratien (!) noch näher bringt...

Bethlen schüttelt die Radikalen ab.

Austritt Gömbös und seines Anhanges aus der Regierungspartei. — Standrecht gegen den rechtsradikalen Lokomotivführerkreis.

Budapest, 2. August. Heute nachmittags wurde eine interparteiliche Konferenz abgehalten, in der Ministerpräsident Graf Bethlen...

Die Nationalversammlung setzte heute die Debatte über die Indemnitätsvorlage fort. Mehrere Abgeordnete der Opposition nahmen neuerlich gegen die Aufnahme einiger neuer Paragraphen...

Abg. Gömbös unterbreitete den Beschlusstrag, worin das seiner Auffassung nach zu befolgende Parteiprogramm dargelegt wird. Seiner Überzeugung nach habe die Regierung dieses Programm nicht eingehalten...

Infolge dieses Beschlusses sind Abg. Gömbös und sieben Abgeordnete des äußersten rechten Flügels der Einheitspartei aus dem Parteiverbande ausgetreten.

Der Streit breitet sich aus.

Wien, 3. August. (Eigenbericht.) Aus Budapest wurden heute nur einige Notzüge abgelassen, die von Mitgliedern des sogenannten Nationalratspräsidenten, d. i. von Streikbrechern, geführt wurden.

Zum Schutze der Budapest Bahnhöfe und der auf der Strecke stehenden Züge wurde Polizei und Militär aufgebotsen; in der Nähe von Budapest wurden einige Lokalzüge mit Steinen beworfen.

scheint die Bewegung auch auf andere Arbeitergruppen überzugreifen. So haben die Straßenbahner heute eine Massenabordnung zur Direktion entsandt...

In den Straßen von Budapest wurde eine Flugchrift verteilt, die vom Verein der Erwachenden Ungarn und von der Offiziersvereinigung „Móke“ unterschrieben ist.

Versteckte Getreidezölle?

Seit Jahr und Tag gilt das Streben der agrarischen Kreise der Wiedereinführung von Getreidezöllen. Die Getreidezölle, die bis zum Ausbruch des Krieges in Oesterreich bestanden...

turgemäß bewirkt hätte, daß die Bevölkerung den Hungertriemen noch enger hätte schnüren müssen. Als das Getreide staatlich betriebswirtschaftet wurde...

Vorgestern erschien nämlich eine vom Finanzminister in Vertretung des Handelsministers un-

terzeichnete Verordnung, welche auf den ersten Blick unschuldig aussieht, in Wirklichkeit aber für die gesamte Bevölkerung...

Auf Grund des Beschlusses des Ministerrates wird vorübergehend die Einfuhr von Getreide und Mehl (Tar.-B. 23, 24, 25, 26, 28) aus dem Anmeldeverfahren ausgeschlossen...

Die Rundmachung tritt mit dem Tage ihrer Verlautbarung in Kraft.

Bisher war es so: Getreide wurde ungefähr seit einem Jahr überhaupt nicht mehr eingeführt, umsonst aber Mehl. Die Zollposition für Mehl befand sich bis nun im Anmeldeverfahren...

Inland.

Die deutschnationalen Angstmeier. Als der parlamentarische Verband der Deutschbürgerlichen und damit auch ihre geschlechtliche Einheitfront in Trümmer ging...

Die beiden Raupen.

Von Ernst Brezgang.

Es waren einmal zwei Raupen, Kinder aus der Familie der Spinner, Porthesia mit Namen oder auch Goldfalter, wenn sie das höhere Lebensstadium des Schmetterlings erreicht haben.

Von dieser Art also waren die beiden Raupen. In dem weichen, zusammengerollten Blatt einer Buche hatten sie gemeinsam überwintert...

„Was schadet es? Ist das Ziel nicht hoch und schön? Wie kann der Weg unangenehm sein?“

„Wenn wir es nur erreichen!“

„Gewiß erreichen wir es. Oder hast du jetzt schon müde Füße?“

„Das nicht. Aber es führen so viele Wege nach oben. Nach allen Seiten reden sich die Aeste. Welchen wählen wir?“

„Den längsten. Den, der am höchsten hinaufreicht. Denn dort sind wir der Sonne am nächsten und kein Schatten verdunkelt ihr Licht.“

„Ich ziehe einen kürzeren Weg vor. Auch er führt hinauf in die Höhe. Und ich sehe nicht ein, warum ich mich unnötig anstrengen soll!“

„Und da die beiden Raupen sich nicht einigen konnten, trennten sie sich und wählten verschiedene Wege.“

Die eine strebte mit allen Kräften dem Wipfel zu; die zweite begab sich auf einen Nebenast, der schon die ersten kleinen Blattknospen trieb.

„Wie mühselig aber war der Weg der andern Raupe! Wie unendlich lang! Ganze Tage wanderte sie, die Augen nach oben gerichtet.“

sie: der Wipfel glühte im ersten Dichte des Tages. Hier zweigten sich die letzten Ästchen der Krone ab — und lange überlegte sie, welchen von diesen Zweigen sie besteigen solle.

Und nun, da es dunkel zu werden begann, erstand ein bisher ungesanntes Gefühl in ihr: der Reiz forderte Nahrung.

Ihre Gefährtin hatte inzwischen längst die beiden ersten Blättchen verzehrt, sich umgewendet und begann nun, einen Zweig nach dem andern abzugrasen.

noch auf die saftigsten Blätter und ward wahlrisch in der Speise. Denn mit jedem Tag entdeckte sie neue, reiche Weidgründe.

An einem Abend gelangte sie mit ihrem dicken Leibe an den Fuß der Buche und war gerade dabei, sich ein behagliches Schlafplätzchen zu suchen...

Da erkannte sie ihre Gefährtin, schüttelte strafend den Kopf und sagte: „Wie mager du bist! Und es ist doch, weiß Gott, genug zu fressen da.“

Aber die andere tat es nicht. Sie antwortete nicht einmal. Denn sie war längst verhungert.

derum zu einer großen politischen Entscheidung aufgerufen würde, zur Entscheidung für die Sozialdemokratie oder für die reaktionäre Politik des Bürgertums, in der dieses trotz aller Gegenstände stets einig war. Nun naht diese Entscheidung, die Gemeindevahlen stehen vor der Tür — und schon bestätigt die Entwicklung unsere Voraussage: Deutsch-nationale und Agrarier, Gelbe, „Demokraten“ und liberale Liquidierer den Kampf untereinander und lassen zur Einheitsfront gegen die deutsche Sozialdemokratie. Possierlich ist dabei die Tatsache, daß die Deutschenationale in die, die vor etwa einem Jahre erst den bürgerlich-nationalen Verband mit wuchtiger Teufelstanz zertrümmert, jetzt die lautesten Rufes nach der Einigung sind. In der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ versuchen sie auf das in sieben Parteien zerplündernde deutsche Bürgertum die eigene Angst vor den Wahlen durch die Mitteilung zu übertragen, daß im vorigen Jahre mit Macht an der Vorbereitung der Wahlen. D. Red.) gearbeitet wird. Die Angst vor der Abrechnung mit der deutsch-nationalen Schwindelpolitik treibt die Hellden des Herrn Lodgman also unter die Fittiche der Verbandspolitik zurück:

„Im allgemeinen darf wohl gesagt werden, daß die gegenwärtige Lage dazu geschaffen ist, die ganze Kraft gegen die Internationale ins Treffen zu stellen, da von dieser Seite, gleich wie von unserer nationalen Begnern, die größte Gefahr droht, wie ja die letzte Wahlperiode mit wenigen Ausnahmen klar und klar bewiesen hat. Die nächsten Wochen werden uns weitere Aufschlüsse bringen über das Vorgehen der deutschen Parteien und es bleibt nur zu hoffen, daß alle diese aus den Geschicknissen der letzten vier Jahre gelernt und den Feind erkannt haben, der uns droht und gegen den allein der Kampf geführt werden muß, wenn wir nicht in der Zerstückelung unterliegen wollen.“

Daß die Deutschnationalen und Hakenkreuzler, die Nachfahren der bankerott gewordenen Deutschradikalen, „aus den Geschicknissen der letzten vier Jahre gelernt“ haben sollten, wird auch der argste Dummkopf bezweifeln. Sie haben überhaupt nichts hinzugelernt. Aber etwas schwach auf der Brust sind sie vom vielen Heilschreien geworden und da sie sich nun vor den Wahlen, vor den Sozialdemokraten fürchten, suchen sie die Zerstückelungen wieder unter einem einheitlichen Kommando zu sammeln. Aber die sozialistische Arbeiterschaft wird mit den Gauleitern fertig werden, auch wenn sie sich jetzt, wie ja erwartet, wieder samt und sonders zusammen tun.

Der **Galgen-Schöllich** hat, seitdem er sich diesen Titel erworben, ein wenig die Sprache verloren, die er sonst so frech malträtiert. Sein Blatt, der „Volksruf“, wendet sich wie ein Salamander, um die unerhörte Drohung mit dem Galgen für die Sozialisten und Republikaner Deutschlands wieder gutzumachen. Nicht die Arbeiter „mögen aufgehängt werden“, stammelt der Galgen-Schöllich, — so hatte er das nicht gemeint, — sondern die „Erfüllungspolitik“ und „Revolutionäre“. Ja, wer sind denn diese? Die Träger der Erfüllungspolitik sind Sozialdemokraten und Republikaner und die Novemberverbrecher sind doch ohne Zweifel alle Revolutionäre, Sozialdemokraten und Kommunisten. Ihnen also will der Galgen-Schöllich das „Atmen rasch abgewöhnen“. Wir glauben dem Nordheker, daß er zunächst an die Führer denkt, daß ihn die teuffelischen Lorbeeren der Mörder Eisners und Viehnechts, Haafes, Raichnans und Erzberger nicht schlafen lassen. Aber zu den Erfüllungspolitikern und Novemberrevolutionären zählt der überwiegende Teil der gesamten deutschen Arbeiterschaft, so daß also die „lustigen Höhen“ des Galgen-Schöllich ihnen allen gelten, mag er sich nun drehen und wenden so viel er will. Darum werden auch die deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakischen Republik auf ihrem Kampfboden dem erzreaktionären, mordgierigen Konterrevolutionär mit aller Kraft entgegenzutreten, falls er noch weiter aufsunken wollen sollte. Mit dem Galgen-Schöllich werden wir fertig werden.

Die **„Selbständigkeit“** der Gelben. Vor einigen Tagen erklärte der Duxer „Tag“ mit dem den Gelben angeborenen Stolz, daß sie, die Unternehmern, bei den kommenden Wahlen selbständig kandidieren werden. „Die „bürgerlichen“ Parteien sollen sich nur ja nicht einfallen lassen“, — so hieß es im „Tag“ vom 19. Juli — „bei dieser Spekulation (nämlich mit der Einheitsfront, d. Red.) etwa mit den Nationalsozialisten zu rechnen.“ Unser Gelächter damals war ziemlich kräftig. Nun aber spottet noch viel kräftiger das Antisch-Blatt seiner selbst, indem es in seiner Freitag-Nummer mitteilt, daß die österreichischen Nationalsozialisten bereits die „Kompromißvorschläge“ der Großdeutschen Volkspartei für die Neuwahlen beraten. Die „Schaffung einer antimilitärisch-christlich-nationalen Einheitsfront sei notwendig“, die „nichtmarxistische Wählererschaft“ wüßte dies. Also werden in Österreich die Gelben wieder schon beisammen sein mit Großdeutschen und Christlichsozialen. Das war nicht anders zu erwarten. Wir sind aber überzeugt, daß die Gelben auch hierzulande ihr Einheitsfrontschreiben mit den „Bürgerlichen“ stillen werden, falls diese es sich „einfallen lassen“, wiederum gut gespielte Fanghunde gegen die Sozialdemokratie loszulassen.

**Vertagung des englischen Unterhauses.**  
London, 3. August. (Gavas.) Das Parlament hat sich bis zum 13. November vertagt.

# Präsident Harding gestorben.

## Schlaganfall als Todesursache.

San Francisco, 3. August. (Gavas.) Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika Harding ist gestern um 19 Uhr gestorben. Der Tod des Präsidenten Harding ist ohne vorangegangene Anzeichen eingetreten, während er sich mit seinen Familienangehörigen unterhielt. Die Ärzte nehmen Schlaganfall als Todesursache an.

Warren Gamaliel Harding, der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der, auf einer Reise nach Alaska begriffen, in Californien an einer Vergiftung, zu der sich eine Lungenentzündung gesellte, erkrankt ist, ist nun in San Francisco, wohin man den Erkrankten gebracht hatte, gestorben. Harding war im wahrsten Sinne des Wortes ein Selbstmörder. Er wurde am 2. November 1865 in einem kleinen Orte im Staate Ohio geboren, wo er das Typographenhandwerk erlernte. Aus dem Buchdrucker wurde bald ein Redakteur und — schon mit neunzehn Jahren — Zeitungsbesitzer. Als Journalist gewann er bald politische Bedeutung und wurde 1899 für seinen Heimatstaat Ohio, dessen stellvertretender Gouverneur er bald wurde, zum Senator gewählt. Er gehörte der einen der beiden großen kapitalistischen Parteien der Vereinigten Staaten, und zwar der republikanischen an, in welcher er den konservativen rechten Flügel vertrat. Bei den letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlen, am 3. November 1920, wurde er mit einer gewaltigen Mehrheit zum Präsidenten gewählt — er erhielt über 16 Millionen Stimmen, während sein demokratischer Gegenkandidat nur sieben Millionen erhielt — und trat sein Amt am 4. März 1921 an.

Sein Sieg war die Folge der elementaren Unzufriedenheit mit der Politik seines der demokratischen Partei angehörigen Vorgängers Woodrow Wilson gewesen, die breite Kreise des amerikanischen Volkes erfaßt hatte. Diese Unzufriedenheit hatte ihren Grund sowohl in der auswärtigen wie in der inneren Politik Wilsons. Unter Wilsons Führung war das amerikanische Volk in den Krieg gegangen, um in Europa eine neue Ordnung der Freiheit und des Rechtes aufzurichten. In den Friedensverhandlungen in Versailles war jedoch der wissenschaftlich zwar hochgebildet, aber politisch naiv und mit den europäischen Verhältnissen wenig vertraute ehemalige Universitätsprofessor der Diplomatie des zähen und energischen Clemenceau unterlegen, statt des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gab es nationale Unterdrückung in Europa und auch der von Wilson angestrebte Völkerbund, der die Garantie des europäischen Friedens sein sollte, erblickte in verzerrter Form das Licht der Welt. So wurde das amerikanische Volk von einer tiefen Verbitterung gegenüber allen europäischen Problemen ergriffen und das Schlagwort der republikanischen Partei von der Nichteinmischung Amerikas in die europäische Politik erlangte große Popularität. Aber auch die innere Politik, in der sich Wilson gewissen Einflüssen gegenüber so schwach zeigte wie gegenüber dem französischen Imperialismus in Versailles, war die Ursache der demokratischen Niederlage im Jahre 1920. Der Haß der amerikanischen Arbeiter, der sich auf den Generalstaatsanwalt Palmer durch dessen brutale Realisierungs- und Spionagepolitik während Wilsons Präsidentschaft konzentrierte, traf auch Wilson, so daß hunderttausende von Arbeitern, die noch nicht zur Erkenntnis des Sozialismus gelangt sind und da-

her für den sozialistischen Kandidaten nicht stimmten, ihre Stimme nicht dem Demokraten, sondern Harding gaben. Daß sie in dieser Beziehung getäuscht wurden, wird hoffentlich für die Verbreitung des Sozialismus in Amerika ein Ansporn sein.

In der Vorkampagne, die der neue Präsident bei der Einführung in sein Amt erlebte, legte er das Hauptgewicht auf die Rückkehr zu normalen Zuständen im amerikanischen Leben, auf den Abbau der Kriegswirtschaft und der Kriegspolitik. Seine Vorkampagne war eine energische Abkehr an die von Wilson betriebene Bündnispolitik und trat für den formellen Friedensabluß mit Deutschland ein, der sich bis dahin verzögert hatte. Aber Harding war auch der bewußte Vertreter des amerikanischen Kapitals und setzte sich in seiner Vorkampagne für den Hochschutzzoll ein, um den amerikanischen Markt für das amerikanische Kapital zu monopolisieren, das amerikanische Kapital unabhängig zu machen vom europäischen Wirtschaftskreislauf, um mit aller Kraft die Wirtschaftskrise, die zur Zeit seiner Wahl in Amerika immer mehr um sich griff, zu lindern und die Möglichkeit einer neuen industriellen Konjunktur zu schaffen. Infolge dieser Wirtschaftspolitik hatten die amerikanischen Kapitalisten auch kein Interesse für die diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung, wogegen sich Harding gestraubt hat.

Der Nachfolger Hardings ist nach der amerikanischen Verfassung der Vizepräsident Calvin Coolidge, der bis zum Ablauf der Funktionsperiode des gewählten Präsidenten, das ist bis zum 4. März 1925, die politischen Geschäfte der Vereinigten Staaten lenken wird. Er ist am 4. Juli 1872 in Plymouth im Staat Vermont geboren. Nach Abschluß der juristischen Studien ließ er sich im Massachusetts nieder, wo er allmählich zum Senator, Senatspräsidenten, Vizegouverneur und schließlich 1919—20 zum Gouverneur gewählt wurde. Die nächste Präsidentschaftswahl in Amerika dürfte im November 1924 stattfinden. Zumindest bis dahin wird die Politik Hardings auch von seinem Nachfolger fortgesetzt werden.

## Deutsche Blätterstimmen.

Berlin, 3. August. Die Berliner Presse drückt anlässlich des Todes Hardings mit großer Wärme ihre Anteilnahme an dem tragischen Schicksal des Präsidenten aus und meint im übrigen, es sei kaum anzunehmen, daß das Geschick Deutschlands durch den Präsidentenwechsel in den Vereinigten Staaten eine Aenderung erfahren würde. Die Blätter heben hervor, daß Harding ein reiner Parteimann gewesen sei, der nicht den Ehrgeiz besaß, eine umstürzende persönliche Politik zu treiben. Der „Lokalanzeiger“ erinnert daran, daß die erste Regierungshandlung Hardings die Herstellung des Friedens mit Deutschland war. Der „Vormärts“ gedenkt des Glückwunschtelegramms, das Harding beim Jahreswechsel 1921—22 an den Reichspräsidenten Ebert sandte und dessen besondere Herlichkeit für die deutsche Republik angenehm auffiel. Von dem neuen Präsidenten Coolidge heißt es, daß er wahrscheinlich während der einreihviertel Jahre der Präsidentschaft, die ihm noch bleiben, seine ganze Kraft der Vorbereitung des Wahlkampfes und der Sicherung des Sieges für die republikanische Partei widmen werde.

## Ausland.

**Das Schicksal der Ukrainer.** Die deutsche Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik teilt mit: Eine von der ukrainischen Völkerbundliga (Wien IV., Argentinierstraße 29) herausgegebene Broschüre lenkt die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt auf das grausame Schicksal des ukrainischen Volkes, dem es nicht vergönnt war, nach dem Zusammenbruche des kaiserlichen Russland und der österr.-ung. Monarchie einen eigenen Staat zu erringen. Die Ukrainer, die in blutigen Kämpfen vor dem zaristischen Russland unterjocht und allmählich jeglicher Selbstverwaltung beraubt worden waren und deren Sprache durch die russischen Regierungen zum kleinrussischen Dialekt herabgewürdigt wurde, hatten sich 1918 und 1919 zu einem Nationalstaat mit der Hauptstadt Kiew zusammengeschlossen, der aber seinen zahlreichen Feinden zum Opfer fiel. Das ukrainische Sprachgebiet ist nunmehr auf vier Staaten aufgeteilt. Beharabien gehört zu Rumänien, Karpathoruthenland (oder wie die Ukrainer das Gebiet nennen: Karpathoruthenien) zur Tschechoslowakei, Wolhynien, die Podlesie, das Cholmer Gebiet und Ostgalizien — letzteres staatsrechtlich erst durch den Beschluß der Völkerbundkonferenz vom 14. März 1923 — zu Polen, das übrige Territorium der Ukraine zu Sowjetrußland. In beweglichen Worten verweist die ukrainische Völkerbundliga auf die furchtbaren Verdrängungen, die ihre Volksgenossen im bolschewistischen Rußland und in Polen zu erdulden haben. Während sie in Rußland wenigstens den Schein einer Autonomie besitzen, ist das Schicksal der ukrainischen Siebenmillionen-Minderheit in Polen äußerst besagenswert. Die ukrainische Liga erhebt für diese Minderheit fol-

gende Forderungen: nationale Autonomie für die Gesamtheit der ukrainischen Gebiete Polens; Errichtung einer ukrainischen Staatsuniversität in Lemberg; Amnestie für alle aus nationalen Gründen verurteilten und verfolgten Ukrainer; Freie Errichtung von ukrainischen Schulen in allen ukrainischen Gebieten; Wiederherstellung der alten Agrargebiete; Einstellung der polnischen Kolonisation; Einführung von Agrarformen und deren Durchführung im Interesse des ukrainischen Volkes.

**Aus Sowjetrußland.** Am 31. Juli beendete die Sonderkommission für die Amnestierung der Gefangenen in Moskau ihre Tätigkeit. Im Ganzen wurden 2532 Gefangene amnestiert. Die Kommission amnestierte teils verurteilte Personen, teils Angeklagte, die sich in der Untersuchungsphase befanden. Die Mehrzahl der Amnestierten wurde wegen politischer Vergehen und kleiner Diebstähle abgeurteilt. Gleichzeitig mit der Liquidierung der Kommission für den Kampf mit den Folgen der Hungernot wurde bei dem allrussischen Exekutivauschusse eine Kommission für landwirtschaftliche Hilfe eingesetzt. Die Kommission ist in Verbindung mit ausländischen Hilfsorganisationen. Der Präsident der Föderation der kaukasischen Sowjetrepubliken teilte den ausländischen Vertretern offiziell mit, daß die kaukasische Föderation in den Verband der Sowjetrepubliken eingetreten ist. Die Messe in Rischnj Nowgorod wurde Donnerstag von N. I. Lob eröffnet, welcher in seiner Rede die Wichtigkeit der Messe für die Versorgung der Landbevölkerung hervorhob und erklärte, daß die Ausstellung in Nowgorod auf der Annäherung Rußlands an die östlichen Völker beitragen werde.

## Nur zwei Möglichkeiten: Deutschlands Kapitulation oder sein Zusammenbruch.

Lloyd George zum Ruheloss.  
London, 3. August. In der Debatte im Unterhause ergriff nach Baldwin Lloyd George das Wort. Er sagte, er nehme volle Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Regierung, habe aber in Baldwins Rede vergeblich darnach gesucht, welches eigentlich die endgültige Politik der Regierung sei. Es würde doch wohl besser sein, zuzugeben, daß sich die französische Regierung endgültig über diese Politik erklärt habe. Der französische Ministerpräsident habe es ausdrücklich gesagt, daß er nicht beabsichtige, mit Deutschland zu verhandeln, bevor es kapituliere, und was noch furchtbarer sei, daß Frankreich das Ruhrgebiet nicht verlassen werde, bevor die letzte Forderung erfolge. Da die überwältigende Mehrheit des französischen Volkes die Politik der Regierung stütze, sei nicht anzunehmen, daß man Poyncares durch die Abwendung weiterer Not veranlassen werde, von seiner Politik abzugehen. Wenn ein Ministerpräsident sich derartig festgelegt habe, könne er nicht mehr zurück. Redner sagte weiter, die Regierung sei besonders deshalb in einer schwierigen Lage, weil England Frankreich erlaube habe, ins Ruhrgebiet zu gehen. Es habe ihm sogar gewissermaßen Erfolg gewünscht. Wenn jetzt England von dieser Politik abgehen wolle, so sei dies eigentlich nicht fair gegenüber Frankreich. Die französische Forderung sei nun einmal im Ruhrgebiet gestiftet und die Ehre des Landes sei verpfändet. Das klinge vielleicht sentimental, sei aber ein gewichtiger Umstand. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: Deutschlands Kapitulation oder sein Zusammenbruch. Zum Schluß sagte Lloyd George, er fordere die Regierung auf, vor Beendigung der Aussprache das Land und Haus ins Vertrauen zu ziehen und klar und deutlich zu sagen, welche Politik sie in dem einen oder anderen Falle befolgen werde.

## Scharfe Sprache der Berliner bürgerlichen Presse.

Berlin, 3. August. Die geistige Regierungserklärung Baldwins im Unterhause wird in einem Punkte von den Berliner Blättern scharf abgelehnt, nämlich in der Frage des passiven Widerstandes.

Der „Lokalanzeiger“ faßt den Eindruck des von Baldwin mitgeteilten englischen Antwortentwurfes in den Worten zusammen: Welche Regierung auch jemals in Deutschland ans Ruder kommen würde, sie könne immer nur eine Auffassung vertreten, daß der Bevölkerung des Ruhrgebietes das Aufgeben des passiven Widerstandes nur zugemutet werden könne, wenn sie die sofortige Zustimmung der umgehenden Aenderung der jetzigen Besatzungsstufe und außerdem die Zustimmung der Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete in kürzester Frist erhalte. Außerdem müsse die Freigabe der Gefangenen die Rückkehr der Betreibenden und die Befestigung der Eisenbahntrasse zugestanden werden.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die englische Regierung empfiehlt uns unsere einzige Waffe aus der Hand zu geben, ohne uns die geringste konkrete Gegenleistung zu bieten. Die Aufforderung zur Kapitulation werde man in ganz Deutschland nicht begreifen. Es ist wichtig, daß England volle Klarheit darüber besitzt, daß keine deutsche Regierung denkbar ist, die der Bevölkerung des Ruhrgebietes bei ihrem woffenen Widerstand gegen die Eindringlinge in dem Rücken fällt.

Auch das „Berliner Tageblatt“ erklärt, es könne immer nur wiederholt werden, daß für das deutsche Volk ein Verzicht auf den passiven Widerstand ohne Gewährung gleichzeitiger Garantien für die baldige Räumung des Ruhrgebietes mit allen Konsequenzen nicht in Frage kommen kann. Hinsichtlich der Frage der Finanzkontrolle schreibt das Blatt, daß diese unter keinen Umständen mit einer für Deutschland unerträglichen Einschränkung der deutschen Souveränität verbunden sein dürfe. Im letzten Abhale ihrer Zuschrift machte die englische Regierung eine Anspielung auf die Frage der Sicherheit. Die französische Regierung werde sich glücklich fühlen, sich mit England hierüber unterhalten zu können, aber diese Frage sei unabhängig von der Frage der Ruhrbesetzung und müsse getrennt behandelt werden.

## Die italienische Antwort überreicht.

London, 3. August. (Gavas.) Der italienische Vorkampagne hat dem Minister des Äußern Curzon die Antwort Italiens überreicht.

## Polizei gegen Streikende in Mainz.

Paris, 3. August. (Gavas.) Nach Blättermeldungen aus Mainz haben dort mehrere tausend Streikende versucht, sich auf dem Marktplatz zusammenzutrotten, wobei es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Die Schläure griffen mit blanker Waffe an, wobei 15 Demonstranten verletzt wurden.

## Eine Verwahrung im thüringischen Landtag gegen Berlin.

Berlin, 3. August. (Eigener Bericht.) In der heutigen Sitzung des thüringischen Landtages gab Genosse Fröhlich eine Erklärung ab, die sich gegen den Aufruf der Reichsregierung vom 18. Juli wendet, worin durch die namentliche Nennung der Regierungen von Sachsen und Thüringen der Eindruck erweckt wurde, als ob dort die Verhältnisse ein Eingreifen des Reiches notwendig machten. Die thüringische Regierung weise diesen ungeheuren Anwurf, der Thüringen zu einem Lande zweiter Klasse herabdrücke, mit aller Entschiedenheit zurück.

# Gerichtssaal.

## Wenn sich die Falkenkreuzer beleidigt fühlen.

### Ein Klassenurteil gegen ein mecklenburgisches Bruderblatt.

Die mecklenburgischen deutschvölkischen Verbandsorganisationen werden neuerdings durch einen Prozeß gegen unser Mecklenburger Parteiblatt beleuchtet. Die „Völkische Zeitung“ hatte vor einigen Monaten ein Geheimintimular des deutschvölkischen Schutz- und Trugbundes, Gau Mecklenburg, veröffentlicht, in dem unverhüllt um Geld und Freiwillige für die Zwecke des deutschvölkischen Schutz- und Trugbundes geworben wurde. Die Vorgeschichte des Skandalprozesses weist recht interessante Momente auf. Der Staatsanwalt hatte seinerzeit die Erhebung der öffentlichen Anklage abgelehnt. Dann hatte sie der Oberstaatsanwalt verfügt. Der Justizminister hat die Verfügung des Oberstaatsanwaltes für einen Mißgriff, für total falsch erklärt. Selbst der Oberstaatsanwalt sagte, er würde die Erhebung der öffentlichen Anklage nicht verfügt haben, wenn er über den deutschvölkischen Schutz- und Trugbund genügend orientiert gewesen wäre. Schon daraus ergibt sich, daß der Prozeß auf ein Versehen, auf Unkenntnis des Staatsanwaltes, beruht, dem der mecklenburgische Justizminister deshalb mit Recht beschuldigt, „daß dieser Prozeß nur den Anschein erwecken könne, es begünstige der Staat den deutschvölkischen Schutz- und Trugbund“, dem bekanntlich die Pachtner Nordseefischen angehört und der ferner die Nordsee gegen Rostock liefert.

Die Hauptzeugen waren der ehrenamtliche Vorsitzende des Gau Mecklenburg des deutschvölkischen Schutz- und Trugbundes, ein gewisser B a v e, Angeklagter im Rasthauserprozeß, und der Telegraphendirektor S. S t r a e d e, dem die „Mecklenburgische Volkszeitung“ den Vorwurf gemacht hatte, daß die deutschvölkische Gesellschaft für einen von der Republik bezahlten Beamten immerhin selbst anmietet. Der ehrenamtliche Gauwart entpuppte sich in der Sitzung als überraschend jung für den Posten des Vorsitzenden. Im übrigen haben sich die beiden Hauptzeugen als durchaus harmlose Zeitgenossen aus. Straede sagte unter Eid aus, daß er überhaupt nicht gewußt habe, daß Bave seinen Namen unter das Intimular setzte. Er wolle nicht wissen, wie er Mitglied des Gauvorstandes geworden sei, hat aber nichts dagegen einzuwenden gehabt, als er seine Wahl überhaupt erst hinterher mündlich erfuhr. Als einer der angeklagten Redakteure ihn fragte, ob er sich nichts bei den Sagen „von Leib und Leben offen“ gedacht habe, erklärte Straede, „das alles ist ganz harmlos.“ Ebenso harmlos will der Zeuge Bave die Sache aufgefaßt haben. Die tatkräftigen, entschlossenen Leute, die bereit waren, „Leib und Leben zu opfern“, wollte er der Reichswehr zuführen. Diese Ausreden erschienen so faul, daß selbst das Gericht anfangs Bedenken trug, „diesen Zeugen“ zu vereidigen. Die Vereidigung erfolgte erst auf Antrag des Rechtsbeistandes des Bave gegen Schluß der Sitzung. — Das Urteil lautete aus insgesamt 1.250.000 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung. Mit dieser Verurteilung und indirekten Begünstigung der deutschen Abenteuer durch die Justiz werden sich unsere Genossen nicht abfinden. Gegen das Urteil ist bereits Einspruch erhoben.

## Der Bankrott der Chinabank.

Paris, 2. August. (Havas.) In dem Prozeß betreffend den Konkurs der Banque Industrielle de Chine wurden folgende Urteile gefällt: der Präsident des Verwaltungsrates Senator André Berthelot wurde zu einer Strafe von 3000 Francs, Direktor Bernette zu sechsmonatigem Kerker unbedingte sowie 8000 Francs Geldstrafe und Senator Berthot mit den übrigen Beschuldigten zu Geldstrafen von je 300 Francs verurteilt; drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Ihr nicht ein, Dank zu fordern. Wenn sie Jeremias betrachtete, wie sein gebogener Rücken sich allmählich wieder aufrichtete, wie helle Lichter in seinen Augen spielten und der ihm ursprünglich eigen gewesene Humor von neuem zu erwachen begann, so war's ihr Dank genug, zu wissen, daß an dem Ziele zu sein, das zu erreichen sie mit allen Kräften bemüht gewesen war.

Jeremias aber sann hin und her, wie er es wohl anstellen könne, um ihr eine große Freude zu bereiten. Ihr dreihöftr Geburstag stand in Aussicht; er wollte ihn als Gelegenheit nehmen, seine Dankbarkeit durch die Tat zu erweisen. Wie immer, wenn ihn ein Plan, eine Idee beschäftigte, hatte der Gedanke ihn ganz und ließ nichts Wesentlicheres neben sich aufkommen. Frau Trude bemerkte seine Verfunkenheit; sie störte ihn nicht. Als er dann mit dem ganzen Aufwand seiner Schlantheit ihre Wünsche zu erforschen trachtete, harmlos, aber häufig, da durchschaute sie ihn bald und gab ihm keine bescheidene Verlangen zu erkennen, um seiner Not ein Ende zu machen.

Es war im Juni; sie hatten ihren Stand in einer großen landwirtschaftlichen Ausstellung aufgeschlagen. Das Wetter war sonnig, der Besuch gut, Frau Trudes Taschen von Nadeln schwer. Jeremias rechnete Abend für Abend länger als sonst. Er zog seine Bücher zu Rate und addierte, subtrahierte, multiplizierte ganze Bogen voll. Seine Frau sah es mit Bewunderung, mischte sich aber, ihrem Grundsatz getreu, nicht hinein.

Eines Abends klappte Jeremias sein Hauptbuch mit einer freudigen, durchschloßenen Bewegung zu und sagte lächelnd: „Wir stehen besser, als wir dachten, Liebste.“

(Fortsetzung folgt.)

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

**Einführung von Getreidezöllen durch eine Regierungsverordnung?** In diesen Tagen werden — wie die gestrige „Tribuna“ berichtet — Beratungen der Wirtschaftsministerien, betr. den neuen Zolltarif abgehalten. Es soll eine engere Kommission aus Vertretern der beteiligten Ministerien gebildet werden, welche die Positionen des Zolltarifs und die Möglichkeit der Herabsetzung der Zollsätze prüfen soll. Die Ministerien für Finanzen, Handel und Landwirtschaft wurden beauftragt, Richtlinien für den Abschluß von Handelsverträgen und für die Herabsetzung der Koeffizienten aufzustellen. Wie das genannte Blatt annimmt, ist es wahrscheinlich, daß es zur Verwirklichung der Getreidezölle kommen wird. Zwischen den Vertretern der Industrie und der Landwirtschaft soll es zur Annäherung in der Richtung gekommen sein, daß die Erträge der Getreidezölle zur Herabsetzung der Produktionskosten (Ernähigung der Kohlenabgaben und ähnliches) benützt werden sollen. Da die Revision des Zolltarifs bald durchgeführt werden soll, denkt man angeblich an eine Einführung der Getreidezölle im Verordnungswege, weil die Landwirtschaft die Vorteile, die ihnen aus der Einführung von Getreidezöllen erwachsen, schon bei den Erträgen der heurigen Ernte genießen wollen. — Es wird abzuwarten sein, ob die Nachricht der „Tribuna“ der Richtigkeit entspricht. Falls die Regierung wirklich die Absicht hat, die Getreidezölle durch eine Verordnung einzuführen, dann werden wohl die Vertreter der Arbeiterschaft — wohl auch der tschechischen Arbeiterschaft — da etwas dreinreden.

**Die Krise in der Textilindustrie.** Nach den Berichten des „Geske Slovo“ hat sich die Lage in der Textilindustrie verschlechtert. Die Firma Viebig in Starow bei Launwald hat die Erzeugung eingestellt und 1150 Arbeitern gefündigt. Dies geschah bei dem Zweck, um bei Neuaufnahme der Arbeit nur diejenigen Arbeiter einstellen zu müssen, die sich dem Diktat des Unternehmers, der dann die Arbeitsbedingungen nach seinem Willen festsetzt, fügen. Die Firma Ignaz Klinger in Jungbunzlau, die schon zweimal den Arbeitern die Löhne gekürzt hat, will den Arbeitern den ihnen nach dem Kollektivvertrag zustehenden Urlaub nicht geben. Die Firma Blah u. Bondy in Neustadt an der Mettau hat die Erzeugung eingestellt, die gesamte Arbeiterschaft liegt auf dem Pflaster. Auch die anderen Betriebe in diesem Bezirke arbeiten sehr eingeschränkt, die Firma Kribil arbeitet bereits ein Jahr überhaupt nicht mehr. Gegenwärtig werden im Bezirke Semil Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern geführt, damit die Beschäftigten denjenigen, die bereits längere Zeit arbeitslos sind, Platz machen. Bemerkenswert ist auch, daß eine Reihe von Fabriken um die Erlaubnis der Ausfuhr ihrer Maschinen in das Ausland, nach Ungarn, Jugoslawien und Rumänien ansuchen. So will die Firma Viebig ihre Maschinen aus einer Fabrik bei Eisenbrod ins Ausland schaffen, ebenso die Firma Tauffig in Hlinsko und die Firma M. Graf u. Sohn in Beraun. Die Situation in der Textilindustrie ist also kritisch und das „Geske Slovo“ fordert die kompetenten Faktoren auf, irgend etwas zu unternehmen, damit die Lage der Textilarbeiterschaft gebessert wird.

**Marktpreise für die Verrechnung des Getreides der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft Böhmens im August 1923.** Vom Landeszentralarbeitsamt in Prag wird amtlich verlautbart: Die Durchschnittspreise auf der Prager Produktenbörse im Monat Juli 1923 betragen beim Weizen 164,5 Kronen, beim Korn 107 Kronen, bei der Gerste 128 Kronen. Im Sinne des Beschlusses des Landesbeirates für Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft in Böhmen vom 6. April 1923 sind diese Preise als maßgebend für den Monat August 1923 für die Verrechnung des Vertragsgetreides beim Abverkauf oder Rekurieren desselben zu betrachten, sofern der Marktpreis als Grundlage dient.

**Ende Dezember waren 21,76 Prozent der Beschäftigten in Industrie und Gewerbe arbeitslos.** Nach der vom statistischen Staatsamt gefertigten Statistik des Arbeitsmarktes im vierten Vierteljahr 1922 betrug die Anzahl der Arbeitslosen Ende Dezember 437.841 oder 15,68 Prozent der Berufstätigen (Anzahl der Berufstätigen 2.763.094 wobei Militär und Landwirtschaft ausgenommen sind) oder 21,67 Prozent der Berufstätigen in Industrie und Gewerbe (1.912.898).

**Der Weltkongress für Sozialpolitik,** welcher über Antrag des internationalen Arbeitsamtes von der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz in der nächsten Zeit einberufen werden wird, sollte über Antrag des Generalsekretärs der Vereinigung Professor Stefan Bauer-Basel ursprünglich in Prag stattfinden. Der Grund, warum der Kongress in Prag nicht stattfindet, ist der, daß es sich herausgestellt hat, daß für die tausend Kongreßteilnehmer in Prag nicht genug Wohnungen zu beschaffen sind.

**Ausperrung der Stukkateure beim Tepliger Stadtsaalbau.** Am Mittwoch, wie die Tepliger „Freiheit“ berichtet, die beim Tepliger Stadtsaalbau beschäftigten Stukkateurgehilfen — sechzehn Arbeiter — ausgesperrt, weil sie sich der von den

Unternehmern angeordneten Lohnföhrung nicht fügten. Der Lohn- und Arbeitsvertrag, den die Organisation der Arbeiter mit den ausführenden Firmen abgeschlossen hat, sichert den Arbeitern einen Stundenlohn von zwölf Kronen. Die beiden Firmen haben diesen Vertrag am 1. Juli gekündigt; sie sind natürlich bereit, einen neuen abzuschließen, aber er soll den Unternehmern eine bedeutende Ersparnis an Arbeitslöhnen bringen. Auf Grund der Stundenlöhne, die jetzt den beiden Firmen zu hoch erscheinen, haben sie seinerzeit ihre Offerte eingebracht, welche die Grundlage der Arbeitsvergabe bilden. Könnten sie jetzt die Löhne drücken, so würden sie einen erheblichen Sondergewinn machen, — auf Kosten der Arbeiter und auf Kosten der Gemeinde, also der Gesamtheit. Die Arbeiter haben sich dem Verlangen der Unternehmer nicht gefügt, ab 1. August um zehn Kronen für die Stunde zu arbeiten. Also wurden sie gezwungen, die Arbeit einzustellen. Sie sind seit Mittwoch früh ausgesperrt. Der Bau ist nun für Stukkateure gesperrt. Zugang ist ferngehalten!

**Der Arbeitskonflikt bei der Firma Emag in Mählig.** Wir haben bereits vor einigen Tagen über den Konflikt, den die Arbeiter bei der Firma Emag, Fabrik für elektrische Motore in Mählig, mit dem Betriebsingenieur Mayer wegen dessen provokatorischen und diktatorischen Auftretens hatten, berichtet. Die Direktion hat schon vor einiger Zeit fünf Arbeiter gemahregelt, die aber den Betrieb nicht verlassen wollten. Die Firma machte nun den Versuch, die Arbeiter mit Gewalt aus dem Betriebe zu entfernen, was aber infolge der Diszipliniertheit der dortigen Arbeiterschaft nicht gelang. Nun wandte sich der Fabrikdirektor an die zuständige Bezirkshauptmannschaft in Hohenstadt, die ihm den Rat erteilte, die betreffenden Arbeiter durch die Mähliger Polizei entfernen zu lassen. Tatsächlich drangen die Polizisten in die Fabrik ein und der brutale Gewalt mußten die fünf Gemahregelten weichen. Als Protest gegen diesen Gewaltakt stellte die gesamte Arbeiterschaft die Arbeit auf fünf Minuten ein. Daraufhin ließ Direktor Seemann den Hauptvertrauensmann zu sich rufen und kündigte diesem mit noch zwei anderen Vertrauensmännern. Die Arbeiterschaft protestierte gegen diese neuerliche Brutalität und nur mit Mühe gelang es, die aufgeregte Masse zu beruhigen. Die Entlassung der Vertrauensmänner hat die Gegensätze so verschärft, daß von einem ruhigen Zusammenarbeiten keine Rede mehr sein kann. Die Direktion wird sich nun bemühen, laufende Aufträge oder einzelne bringende Maschinenbestandteile bei anderen Firmen fertigmachen zu lassen. Wir machen daher sämtliche Metallarbeiter auf den schweren Kampf ihrer Mähliger Kollegen aufmerksam und es wird dringend erucht, jede Motor- und Transformatorarbeit oder andere Arbeiten der Firma Emag abzumachen. Mählig ist für die Metallarbeiter aller Branchen gesperrt.

**Betriebsauswahl bei der Firma Müller in Grottau.** Wir haben bereits vor einigen Tagen über die Vorgänge bei der Firma Müller in Grottau geschrieben und mitgeteilt, daß die Kommunisten — obwohl sie die stärkste Gruppe sind — nicht kandidieren und leere Stimmzettel abgeben wollen. Am 28. Juli d. J. fand nun die Betriebsratswahl bei der Firma Müller in Grottau statt, welche folgendes Ergebnis zeitigte: Wahlberechtigt waren im Betriebe 458 Arbeiter und Stimmen wurden 420 abgegeben. Die Deutschsozialen erhielten 170 Stimmen und fünf Mandate, die Union der Textilarbeiter 76 Stimmen und zwei Mandate, 167 Stimmzettel der Kommunisten wurden leer abgegeben, sieben Stimmen waren ungültig. Die Verteilung der Mandate ist nun folgende: Fünf Deutschsozialen, zwei Mitglieder der Union und ein Mandat haben die Angestellten erhalten. Bei der letzten Wahl hatten die Kommunisten vier Mandate, die Deutschsozialen zwei Mandate, die Union der Textilarbeiter ein Mandat und die Angestellten erhielten das Pflichtmandat. Durch das Verhalten der Kommunisten, welche leere Stimmzettel abgegeben haben, sind den Deutschsozialen fünf Mandate in den Schoß gefallen! Die Kommunisten wissen sehr genau, daß die Deutschsoziale Partei und ihre Gewerkschaft nicht auf dem Boden des Klassenkampfes steht, sondern daß sie mit Herrn Bogert an der Spitze einzig und allein bürgerliche Ziele verfolgt. Trotz alledem haben es die Kommunisten derart eingerichtet, daß die Deutschsozialen bei der Firma Müller in Grottau fünf Mandate geschenkt erhielten. Die Ortsgruppe Grottau ist durch die kommunistischen Führer derart „revolutioniert“, daß sich kein Arbeiter vor den kommunistischen Karren

## Wetterberichte

### Der Staatsankalt für Meteorologie in Prag.

2. August 1923 morgens	Lufttemperatur im Scherzschilde	Temperatur °C	Windrichtung u. Stärke (0-12)	Wetter	Tagessumme niederschlag	Temperatur nachm. Zeit.
Prag	784	17	W	beit.	1	20
Brünn	768	17	NO	beit.	14	19
Alt Dala	765	16	WNW	beit.	6	26
Reichstadt	755	10	NNO	bed.	0	16
Starnoway (Sibir.)	753	12	—	bed.	1/2	14
Balencia (Irland)	782	15	NW	Regen	24	16
London	759	15	S	bed.	0	11
Lisire (Norweg.)	768	12	NW	bed.	1	15
Osparanda	—	—	—	—	—	—
Stockholm	748	15	NNW	Regen	62	10
Hamburg	759	13	SW	1/2 bed.	0	16
Warschau	757	15	SW	bed.	1	17
Paris	—	—	—	—	—	—
Büria	784	12	O	beit.	1	24
Wien	765	16	W	beit.	8	25
Belgrad	765	22	—	beit.	1/2	—
Budapest	—	—	—	—	—	—
Warsz	759	19	—	1/2 bed.	1/2	—
Florenz	761	26	W	beit.	0	—
Athen	758	28	NNO	beit.	—	—

Höhenstationen: (Luftdruck nicht reduziert)

Donnersberg (840)	690	10	WNW	beit.	1/2	15
St. Smotoc (1025)	675	12	NO	beit.	1/2	21
Schneeoppe (1610)	628	3	W	1/2 bed.	7	7
Jugajpye (2900)	—	—	—	—	—	—

Kommen läßt. Die Gründe, warum die Kommunisten nicht kandidieren konnten, haben wir bereits bekanntgegeben. Nach dreihöftriger Revolutionierung sind endlich die Kommunisten soweit, daß sie keine eigenen Kandidaten aufbringen können und daß sie durch ihre Taktik den Deutschsozialen, dieser geben Organisation, zu fünf Mandaten verholpen haben.

## Devisenkurse.

### Die tschechische Krone notiert in:

Paris	25,55 00	Schw. Franc	16,55 00
Berlin	0,00 04 50	Mark	3325 00
Wien	24,15 00	östr. Kr.	2075 00

### Prager Kurse am 2. August.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1838 00	1857 00
10.000 Mark	0,29 00	0,29 70
100 belg. Franks	160,25 00	161,75 00
100 schwed. Frant	614,75 00	617,25 00
1 Pfund Sterling	155,25 00	156,75 00
100 Lire	148,25 00	149,75 00
1 Dollar	34,05 00	34,45 00
100 franz. Franks	190,25 00	191,75 00
100 Dinar	35,87 50	36,27 50
10.000 magdar. Kronen	19,00 00	21,00 00
10.000 poln. Zlot	1,63 25	1,64 75
10.000 österr. Kronen	4,67 50	5,17 50

### Züricher Schlußkurse am 2. August.

	Geld	Ware
Paris	81,90 00	82,00 00
London	25,55 00	25,58 50
Berlin	0,00 04 50	0,00 05 25
Wien	24,15 00	24,25 00
Holland	219,50 00	220 50
Wien	0,00 78 50	0,01 79 00
Budapest	0,02 25	0,03 00
Prag	18,45 00	18,57 00
Wien	5,59 00	5,60 00
Belgrad	5,75 00	5,91 00
Warschau	0,00 22 50	0,00 27 50

## Literatur.

Die letzte Nummer der „Konsumgenossenschaft“, die als Doppelnummer erschien, enthält folgende Aufsätze: Das Genossenschaftswesen und das Wesen der Genossenschaft. Von Prof. Dr. Hans Müller (Zena). — Feuilleton: Vom „Como cooperativus“. Von Siegmund Raff (Wien). — Die Genossenschaften und der sozialistische Wirtschaftsaufbau in Rußland. Von N. Lenin (Moskau). — Was führt die Mutter zur Genossenschaft? Von Dora Staubinger (Zürich). — Zur Lage der Konsumvereine Deutschlands. Von Hermann Fleißner (Dresden). — Die schweizerische Genossenschaftsbewegung. Von Bernhard Jaeggi (Basel). — Wahrnehmungen bei der genossenschaftlichen Bildungsarbeit. Von Heinrich Sierakowski (Hamburg). — Die wichtigsten Aufgaben des Lagerhalters. Von Sen. Wenzel Lorenz (Austroslan). — Die Reform des Genossenschaftsgesetzes. Von Abg. Anton Diehl (Prag). — Drohende Gefahren. Von Wenzel Gafel (Böhm.-Rannitz). — Kartellpolitik in der tschechoslowakischen Republik. Von Franz Sjöffe (Prag). — Außerdem die üblichen reichhaltigen Rubriken.

## Bereinsnachrichten.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag.** Samstag, den 4. August, Zusammenkunft Café „Riza“, halb 8 Uhr. — Sonntag, den 5. August, Gontagsausflug nach Beraun—Pürglitz. Waldwanderung. Zusammenkunft 5 Uhr, Wilfonsbahnhof. Führer Strnad.

**Herausgeber:** Dr. Lubwig Egeh und Karl Cermak.  
**Verantwortlicher Redakteur:** Dr. Emil Strauß.  
**Druck:** Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

## BIO SANSSOUCI

vom 3. bis 9. August

## Wiedereröffnung.

„Atlantis“

Monumentalfilm in 3 Epochen nach dem bekannten Roman von Benoit. Hauptrolle Stacia Napierkowska. Beide Epochen in einer Vorstellung.

## Wo vertehren wir?

Café Continental, 108 Prag-Graben

Goldenes Arenal, 3 Prag-Neutants.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus  
Prag, Smekty 22 (Urania). 1000

Gastwirtschaft „Lidovj dum“  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Täglich 108 PRAG II., Hybarska Nr. 7.

Café „Nizza“  
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.  
Unser Stammlokal.